

Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion = Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Autor(en): **Meyer, Kurt / Augsburg, Ueli**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1989)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418122>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwaltungsbericht der Fürsorgedirektion

Direktor: Regierungsrat Dr. Kurt Meyer
Stellvertreter: Dr. Ueli Augsburgberger

Rapport de gestion de la Direction des œuvres sociales

Directeur: le conseiller d'Etat Kurt Meyer
Suppléant: le conseiller d'Etat Ueli Augsburgberger

1. Einleitung

1.1 Die Drogenpolitik stand auch im Berichtsjahr wieder als einer der Schwerpunkte im Zentrum der Tätigkeit der Direktion. Die Zahl der Drogenabhängigen ist weiterhin im Steigen begriffen. Der Gesetzesrahmen, die gesellschaftliche Wertung und die Marktsituation führen bei Abhängigen illegaler Drogen verstärkt zu Stresssituationen. In der Folge sind die Verelendungserscheinungen immer offensichtlicher. Der Regierungsrat gelangte bekanntlicherweise bereits 1988 im Auftrag des Grossen Rates an den Bundesrat und verlangte in seiner vielbeachteten Intervention mittels einer Gesetzesänderung die Straffreiheit des Konsums von Drogen und der dem Konsum vorangehenden Beschaffungshandlungen. In seiner Stellungnahme zum Bericht der Subkommission «Drogenfragen» der eidgenössischen Betäubungsmittelkommission (vgl. Ziff. 2.1.4) bekräftigte der Regierungsrat nochmals sein Anliegen. Anlässlich der Debatte im Grossen Rat über die Subventionierung der Anlaufstelle des Contact Bern stimmte der Grosse Rat der von der Direktion initiierten Politik mit grossem Mehr zu.

Im Bereich der Alkoholbekämpfung konnte durch den Bezug des Übergangswohnheimes in Hilterfingen ein Projekt abgeschlossen werden. Die Planungen des Umbaus des Sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach – ein Grossprojekt – sowie die Projektierungen im ehemaligen Schulheim Aarwangen (Wohnheim für Alkohol- und Suchtkranke) laufen programmgemäss.

1.2 Ein weiterer Schwerpunkt der Tätigkeit lag im Asylwesen (vgl. Ziff. 2.2.4 Asylbewerber). Das Hauptproblem war dabei die Suche nach genügenden provisorischen Unterkünften zur vorläufigen Beherbergung der dem Kanton vom Bund zugewiesenen Asylbewerber. Nur mit aktiver Mithilfe der Gemeinden war es möglich, trotz des grossen Zustromes neuer Asylbewerber (rund zwei Drittel mehr als 1988) praktisch immer sämtliche Asylbewerber unterzubringen.

Die Verteilung der Asylbewerber aus den Durchgangszentren in die Gemeinden hat sich bewährt. Trotz Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt konnte die Übernahme des den Gemeinden gemäss Regierungsratsbeschluss zugewiesenen Kontingents an Asylbewerbern in den meisten Fällen bewältigt werden.

Da es sich bei der Asylbewerberproblematik voraussichtlich um kein vorübergehendes Phänomen handelt, sondern sich im Gegenteil die Situation aufgrund nicht voraussehbarer politischer Umwälzungen kurzfristig verschärfen kann, sind in Zusammenarbeit mit den Regierungsstatthaltern und den Gemeinden möglichst längerfristige Betreuungs- und Unterkunftsstrukturen aufzubauen.

1. Introduction

1.1 Au cours de l'exercice, la politique de lutte contre la drogue est restée au cœur de l'activité de la Direction. Le nombre de toxicomanes ne cesse, en effet, de s'accroître. Les contraintes de la loi, de la société et du marché provoquent chez les consommateurs de drogues illégales toujours plus de stress, ce qui a pour effet d'aggraver encore leur déchéance. C'est dans ces conditions que le Conseil-exécutif est intervenu, sur mandat du Grand Conseil, dès 1988 auprès du Conseil fédéral. Dans son intervention très remarquée, le Conseil-exécutif demandait, par le biais d'une modification de la législation, la décriminalisation de la consommation de stupéfiants et des actes qui y sont liés (achat, détention et stockage de drogues). Dans son avis sur le rapport de la sous-commission «drogue» de la Commission fédérale des stupéfiants (cf. ch. 2.1.4), le Conseil-exécutif a eu l'occasion de réaffirmer sa position. Et lors du débat parlementaire sur le subventionnement de l'antenne de «Contact-Berne», le Grand Conseil a quant à lui approuvé, dans sa grande majorité, la politique engagée par la Direction.

En matière de lutte contre l'alcoolisme, le projet de Hilterfingen a pris fin avec l'emménagement dans le foyer d'habitation et de passage. La planification des travaux de transformation du centre socio-thérapeutique de Kirchlindach – projet de grande envergure – et l'élaboration d'un projet de foyer pour alcooliques et toxicomanes dans l'ancien foyer scolaire d'Aarwangen se déroulent comme prévu.

1.2 Autre préoccupation majeure de la Direction: l'asile (cf. ch. 2.2.4 Demandeurs d'asile). Le problème principal a résidé dans la recherche de logements pour y héberger provisoirement les requérants d'asile que la Confédération a attribués au canton. Malgré l'arrivée massive de nouveaux demandeurs d'asile (soit deux tiers de plus qu'en 1988), on a presque toujours pu loger la totalité des requérants, et ce grâce à la participation active des communes.

La répartition entre communes des demandeurs d'asile issus des centres de transit a fait ses preuves. En dépit des difficultés sur le marché du logement, la prise en charge par les communes du contingent de requérants qui leur a été attribué par arrêté du Conseil-exécutif s'est, dans la plupart des cas, bien déroulée.

Etant donné que la problématique de l'asile n'est pas un phénomène passager, qu'au contraire la situation risque de s'aggraver à court terme en raison de changements politiques imprévisibles, il convient de mettre sur pied, en collaboration avec les préfets et les communes, des structures si possibles permanentes de prise en charge et d'hébergement.

1.3 In der Folge der Ereignisse um das «Zaffaraya» in Bern wurde – unter anderem auch aufgrund der Beantwortung der Interpellation Theiler – vom Regierungsrat eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe «Randgruppen» eingesetzt (vgl. Ziff. 1.3 Verwaltungsbericht der Direktion für 1988). Unter Leitung der Direktion und unter Beizug von Vertreterinnen und Vertretern der Baudirektion, Erziehungsdirektion, Gesundheitsdirektion, Justizdirektion und Polizeidirektion erarbeitete die Arbeitsgruppe einen Bericht, der im August vom Regierungsrat zur Kenntnis genommen und den darin enthaltenen Anträgen zugestimmt worden ist. Im Bericht kommt die Gruppe zum Schluss, dass gesellschaftliche Veränderungen oft am «Rand» einsetzen. In einer offenen und demokratischen Gesellschaft gelte es, solche kreativen Prozesse zu aktivieren und, soweit sinnvoll, zu fördern. Wichtig sei vor allem das gegenseitige Gespräch. Randgruppen können aber nach Ansicht der Kommission nicht über die herkömmlichen politischen oder ethisch-moralischen Wertvorstellungen gesteuert werden. In erster Linie soll deshalb der Staat Hilfe zur Selbsthilfe anbieten.

1.4 Kantonale Armutsstudie: Wie schon in den beiden Vorjahren beanspruchte diese Studie, die mittlerweile auf gesamtschweizerisches Interesse stösst, einen wesentlichen Teil der Arbeitskapazität der Abteilung für wissenschaftliche Auswertung. Im Zentrum standen dieses Jahr die empirische Untersuchung einer für die Wohnbevölkerung des Kantons repräsentativen Stichprobe von Fürsorgefällen sowie die Entwicklung der Erhebungsinstrumente für die Untersuchung einkommensschwacher Personen. Diese Aufgaben konnten realisiert werden.

1.5 Direktionsintern wurden die Arbeiten im Rahmen der EFFISTA-Leitsätze des Regierungsrates weiter vorangetrieben. Namentlich wurde in verschiedenen ganztägigen Sitzungen des Kadern der Direktion mit der Analyse der internen Organisationsstrukturen begonnen. Als Zwischenetappe konnte im Herbst das «Leitbild der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern» verabschiedet werden. Es ist für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Zentralverwaltung unserer Direktion verbindlich. In neun knappen Leitsätzen wird dargelegt, nach welchen Grundsätzen wir uns in unserer täglichen Arbeit ausrichten wollen. Nach Ablauf eines Jahres ist eine Überprüfung der Leitsätze geplant. Gestützt auf den Entscheid des Berner Volkes hinsichtlich der Zahl der Regierungsräte wurden direktionsintern erste Überlegungen über die Auswirkungen der Reduktion der Zahl der Direktionen angestellt. Es kann dabei davon ausgegangen werden, dass die Direktionen des Gesundheits- und Fürsorgewesens zu einer gemeinsamen Direktion zusammengelegt werden.

2. Bericht der Abteilungen

2.1 Direktionssekretariat

2.1.1 Personelles

Im Berichtsjahr traten in den Dienst der Direktion Gugger Vreni, Zwahlen Christine, Rüfenacht Christoph, Walther Annerös, Pellegrini Isabella, Bober Florence, Künzi Marianna, Ubink Ursula und Koch Daniela bei der Fürsorgeabteilung bzw. der ihr angegliederten Asylkoordination. Diese Abteilung verliessen Gutjahr Carmen, Bober Florence und Gugger Vreni. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang, dass vier Stellen im Asylwesen von der Finanzdirektion ohne Anrechnung an die interne Stellenbewirtschaftung (STEBE) bewilligt wurden. Eine

1.3 A la suite des événements liés au «Zaffaraya» à Berne – et notamment en réponse à l'interpellation Theiler – le Conseil-exécutif a créé un groupe de travail «groupes marginaux» au sein de l'Administration (cf. ch. 1.3 du rapport de gestion 1988 de la Direction). Ce groupe de travail a élaboré, sous la conduite de la Direction et avec la participation de représentants et de représentantes des Directions des travaux publics, de l'instruction publique, de l'hygiène publique, de la justice et de la police, un rapport dont le Conseil-exécutif a pris connaissance en août et dont les demandes ont été approuvées. Dans ce rapport, le groupe arrive à la conclusion que les changements sociaux s'amorcent souvent «en marge». Dans une société qui se veut ouverte et démocratique, il faut encourager ces processus créatifs et, s'ils paraissent judicieux, les promouvoir. Ce qui importe avant tout, c'est le dialogue. Or pour aborder les groupes marginaux, il ne faut pas, de l'avis de la commission, appliquer les règles politiques et les valeurs morales traditionnelles. Aussi, l'Etat se doit-il, avant toute chose, d'offrir une aide à l'entraide.

1.4 Etude cantonale sur la pauvreté: comme les deux années précédentes, cette étude, qui a rencontré entre-temps un large écho dans toute la Suisse, a notablement mobilisé la capacité de travail du Service d'évaluation scientifique. Durant l'exercice, l'étude a consisté avant tout dans l'examen empirique d'un échantillon représentatif des cas d'assistance dans la population résidente du canton ainsi que dans la mise au point des instruments nécessaires à l'examen des personnes aux revenus modestes. L'une comme l'autre de ces tâches ont été menées à bien.

1.5 En ce qui concerne les principes directeurs de la politique d'organisation édictés par le Conseil-exécutif dans le cadre du projet EFFISTA, les travaux engagés au sein de la Direction ont été continués. C'est ainsi que les cadres de la Direction ont notamment entamé l'examen de l'organisation lors de plusieurs séances d'une journée. Etape intermédiaire dans ce processus: l'approbation, à l'automne, de la «Ligne d'action des Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales du canton de Berne». Cette ligne d'action revêt un caractère obligatoire pour tous les collaborateurs et collaboratrices de l'administration centrale de notre Direction. On y trouve neuf principes qui doivent nous guider dans l'accomplissement de notre travail quotidien. Ceux-ci seront revus au bout d'une année. Au vu de la décision prise par le peuple bernois au sujet du nombre de conseillers d'Etat, la Direction s'est d'ores et déjà livrée à des réflexions sur les conséquences de la réduction du nombre de Directions. Il en ressort entre autres que les Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales seront réunies en une seule et même Direction.

2. Rapport des divers services

2.1 Secrétariat de direction

2.1.1 Personnel

Durant l'exercice sont entrés au service de l'Etat: M^{mes} Vreni Gugger et Christine Zwahlen, M. Christoph Rüfenacht, M^{mes} Annerös Walther, Isabella Pellegrini, Florence Bober, Marianna Künzi, Ursula Ubink et Daniela Koch au Service de prévoyance sociale ou, plus précisément, au Service de coordination en matière de demandeurs d'asile qui lui est affilié. M^{mes} Carmen Gutjahr, Florence Bober et Vreni Gugger ont quitté ce service. Notons à ce sujet que la Direction des finances a approuvé, dans le domaine de l'asile, quatre postes sans

weitere Aufstockung in diesem Bereich wird im Folgejahr aufgrund der Entwicklungen im Asylwesen unerlässlich sein. Im Fürsorgeinspektorat waren vier Eintritte, Zinniker Trudi, Blunier Gerhard, Theiler Renate und Gertsch Marianne, sowie drei Austritte, Scorti Jehle Caroline, Aubort Maya und Brechbühl Greti, zu verzeichnen. Die seit längerer Zeit vakante Halbtagsstelle im Direktionssekretariat war nacheinander kurzfristig mit Bruno Marianne und Metzler Edith besetzt, die jedoch beide vor Ende des Berichtsjahres wieder zurücktraten.

2.1.2 Kantonale Kommissionen

In neun Sitzungen behandelte die Kantonale Fürsorgekommission gegenüber dem Vorjahr ein deutlich höheres Gesamtvolumen von 40 Einzelgeschäften. Dabei standen wiederum Bau- und Betriebsgeschäfte zugunsten von Fürsorgeinstitutionen im Vordergrund.

Die Kantonale Alkoholkommission nahm in drei Sitzungen u. a. zur Projektanmeldung für den Neubau des Sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach mit Abklärungsstation und zu verschiedenen Projekten mit präventiver Zielrichtung Stellung. Schwerpunkt der Verhandlungen bildeten vor allem Grundsatzdiskussionen bezüglich einer integrierten und wirkungsvollen Suchtpolitik, ausgerichtet auf die Ideen der Gesundheitsförderung. Ferner unternahm die Kommission eine kritische Analyse des eidgenössischen Alkoholberichtes. Zur vorbereiteten Dekretsänderung für eine Zusammenlegung der Kommissionen zur Bekämpfung des Alkoholismus bzw. des Drogenmissbrauchs äusserte sie sich positiv.

Die Kantonale Drogenkommission kam viermal zusammen. Sie nahm Stellung zur Schaffung einer Drogenberatungsstelle in Burgdorf, zu einer zweiten Anlaufstelle in der Stadt Bern, zum Drogenbericht der eidgenössischen Betäubungsmittelkommission und zur Projektstudie für eine Drogenentzugsstation im Kanton. Sie befürwortete den Zusammenschluss mit der Alkoholkommission ebenfalls.

Die Kantonale Kommission für Gesundheitserziehung tagte viermal. Zu den behandelten Geschäften gehörten die Projekte Gesundheitsförderung am Arbeitsplatz und «Gsung, zwäg, zfride», ferner Schülermultiplikatorenkurse und Gesundheitsförderung in der Villa Stucki in Bern. Zudem nahm die Kommission Stellung zur Finanzierung des «Härz-As»-Projektes des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin.

2.1.3 Bekämpfung des Alkoholismus

Der Umbau des Übergangwohnheimes Eden in Hilterfingen konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Die Planung eines Wohnheims für Alkohol- und Suchtkranke im ehemaligen Schulheim Aarwangen hat konkrete Form angenommen. Die Befragung aller deutschsprachigen Gemeinden im Kanton Bern förderte grosse Bedürfnisse an Betreuungsplätzen für chronische und abgebaute alkoholranke Menschen zutage. Nach der Gründung einer Stiftung wird das von der Begleitgruppe bereits erarbeitete Grobkonzept mit Raumbedarf als Grundlage für die weiteren Projektierungsschritte dienen. Aufgrund des Planungsstandes kann davon ausgegangen werden, dass die Anlage vom Wohnheim und von dem von der Landwirtschaftsdirektion geplanten Zentrum für ökologischen Landbau gemeinsam genutzt werden könnte.

les comptabiliser dans la gestion interne des postes (STEBE). Compte tenu de l'évolution en matière d'asile, il sera indispensable d'augmenter encore le nombre de postes l'année suivante. L'Inspection des œuvres sociales a vu l'entrée en fonction de quatre personnes, M^{me} Trudi Zinniker, M. Gerhard Blunier, M^{mes} Renate Theiler et Marianne Gertsch, et le départ de trois personnes, M^{mes} Caroline Scorti Jehle, Maya Aubort et Greti Brechbühl. Le poste à mi-temps, resté longtemps vacant au Secrétariat de direction, a été occupé successivement par M^{mes} Marianne Bruno et Edith Metzler, qui se sont retirées avant la fin de l'exercice.

2.1.2 Commissions cantonales

Au cours de neuf séances, la Commission cantonale des œuvres sociales a eu par rapport à l'année précédente un volume beaucoup plus important de travail, avec 40 affaires dont la plupart ont à nouveau porté sur des subventions à la construction et à l'exploitation en faveur d'institutions sociales.

La Commission cantonale de lutte contre l'alcoolisme a tenu trois séances pendant lesquelles elle a pris position notamment sur l'annonce du projet de construction d'un centre d'observation pour alcooliques de Kirchlindach doté d'un centre socio-thérapeutique, ainsi que sur divers projets à caractère préventif. Au centre des discussions, il y a eu avant tout le débat de fond sur une politique intégrée et efficace de lutte contre les toxicomanies, axée sur les principes de la promotion de la santé. La Commission s'est également consacrée à l'analyse critique du rapport fédéral sur les problèmes liés à l'alcool. Elle s'est par ailleurs prononcée pour la modification du décret préparée en vue de la fusion de la Commission de lutte contre l'alcoolisme et de la Commission en matière de lutte contre l'abus de la drogue.

La Commission cantonale en matière de lutte contre l'abus de la drogue s'est réunie quatre fois. Elle a rendu un avis sur la création d'un service de consultation pour toxicomanes à Berthoud, la mise sur pied d'une deuxième antenne dans la ville de Berne, le rapport sur la drogue de la Commission fédérale des stupéfiants et l'étude d'un projet de centre de désintoxication dans le canton. Et elle a approuvé, elle aussi, sa fusion avec la Commission de lutte contre l'alcoolisme.

Au cours de ses quatre séances, la Commission cantonale d'éducation en matière de santé s'est penchée sur les projets «Promotion de la santé au travail» et «Gsung, zwäg, zfride» (en bonne santé, en forme et heureux), ainsi que sur des projets scolaires et le projet «Promotion de la santé Villa Stucki, Berne». Enfin, la Commission s'est également prononcée au sujet du financement du projet «As de cœur» de l'Institut de médecine sociale et préventive.

2.1.3 Lutte contre l'alcoolisme

Les travaux de transformation du foyer d'habitation et de passage Eden à Hilterfingen ont été achevés avec succès.

La planification d'un foyer pour alcooliques et toxicomanes dans l'ancien foyer scolaire d'Aarwangen a pris forme. Un sondage réalisé auprès de toutes les communes germanophones du canton de Berne a mis en évidence l'énorme besoin en places des alcooliques chroniques et diminués. Après la création d'une fondation, le projet global, mis au point par le groupe chargé du suivi et définissant les besoins en locaux, servira de base à la suite des opérations. Dans l'état actuel de la planification, on peut partir du principe que les installations du foyer et du centre d'agriculture écologique prévu par la Direction de l'agriculture pourront être utilisées conjointement.

Quant aux travaux de construction et de transformation du

Für den Neu- und Umbau des Sozialtherapeutischen Zentrums Kirchlindach wurde ein Architekturwettbewerb durchgeführt.

centre socio-thérapeutique de Kirchlindach, ils ont fait l'objet d'un concours d'architectes.

2.1.4 *Bekämpfung des Drogenmissbrauchs*

Die grosse und auffälliger in Erscheinung tretende Zahl von meist jungen drogenabhängigen Menschen bedingte einen grossen Einsatz bei der Projektierung und Begleitung neuer Projekte, der Zusammenarbeit mit Gemeinden, bzw. Regionen und der Koordination verschiedenster Bemühungen.

Verwaltungsintern ist eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gesundheits- und Fürsorgedirektion damit beschäftigt, die Grundlagen für eine wirkungsvolle bernische Drogenpolitik zu erarbeiten. Ein erster Bericht wird auf Frühling 1990 erwartet.

In der Vernehmlassungsantwort des Regierungsrates auf den Drogenbericht der Subkommission Drogenfragen der Eidgenössischen Betäubungsmittelkommission hat die Direktion schon die Grundzüge der heutigen und künftigen bernischen Drogenpolitik sowie der dazu notwendigen Massnahmen erläutert.

Die Errichtung von zwei Anlaufstellen in der Stadt Bern führte im Grossen Rat zu Grundsatzdiskussionen über die Drogenpolitik. Der Grosse Rat erkannte, dass mit Anlaufstellen zum jetzigen Zeitpunkt wesentliche Hilfe für verelendete Drogenabhängige geleistet werden kann und dass Alternativen, die eine vergleichbare medizinische (Aids-Prävention, Lebensrettung usw.) und soziale (Beziehungsangebot, Beratung usw.) Betreuung garantieren würden, nicht vorliegen. Grundsätzlich wurde mit dem eindeutigen Entscheid die Ausrichtung der Regierungsrätlichen Politik bestätigt. Ende Jahr gelangte das Contact-Thun, unterstützt durch die Stadt Thun, mit einem Gesuch um Finanzierung einer Anlaufstelle an die Direktion.

Die Eingabe für eine bernische Drogenentzugsstation ist überprüft worden, und erste Schritte zur Errichtung von niederschweligen Entzugsangeboten sind bereits getan.

Durch das Aufstellen von Spritzenentsorgungsbehältern in der Stadt Bern und die Mitarbeit beim Erarbeiten eines Spritzenversorgungs- und -entsorgungskonzeptes wird die Ausbreitung des HIV-Virus auf diesem Weg für weitere Bevölkerungskreise verringert. Mit der Teilnahme an den Sitzungen der gemeinderätlichen Drogenfachgruppe der Stadt Bern kann die Koordination der Bemühungen im Kampf gegen den Drogenmissbrauch sichergestellt werden.

Um die Ansammlung von Drogenabhängigen in einzelnen Zentren, wie z. B. Bern, Biel oder Thun, zu bremsen und rückläufig zu gestalten, ist ein Ausbau und gleichzeitig eine Regionalisierung des Hilfsangebotes notwendig. Das Contact-Thun hat eine Aussenstation in Interlaken errichtet, und der Regierungsrat hat der Schaffung einer Drogenberatungsstelle in Burgdorf zugestimmt.

Der Trägerverein Wohngemeinschaft Britternmatte konnte seine Absicht zum Betreiben einer neuen Lebens- und Arbeitsgemeinschaft für jene suchtkranken Menschen, die durch alle übrigen therapeutischen Angebote nicht aufgefangen werden können, noch nicht verwirklichen. Weil sich die Britternmatte-Liegenschaft in Rüegsau nicht eignet, wird sie verkauft. Als Ersatz hofft man geeigneter Gebäulichkeiten zu finden.

2.1.5 *Gesundheitsförderung*

Das Projekt Alkohol am Arbeitsplatz wurde Mitte Jahr abgeschlossen, die Evaluationsberichte trafen termingerecht ein. Es wird geprüft, auf welche Weise dieses sinnvolle Angebot in bereits bestehende Strukturen integriert werden könnte. Erste

2.1.4 *Lutte contre l'abus de la drogue*

Compte tenu du nombre toujours plus important de toxicomanes, jeunes le plus souvent, il a fallu s'investir pleinement dans la planification et le suivi de nouveaux projets, la collaboration avec les communes et les régions et la coordination d'efforts en tous genres.

Au sein de l'Administration, un groupe de travail composé de collaborateurs et de collaboratrices des Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales s'occupe de l'élaboration des bases d'une politique bernoise efficace de lutte contre la drogue. Un premier rapport est attendu au printemps de 1990.

Dans la réponse que le Conseil-exécutif a apportée lors de la procédure de consultation sur le rapport «Aspect de la situation et de la politique en matière de drogue en Suisse» rédigé par la sous-commission «drogue» de la Commission fédérale des stupéfiants, la Direction a déjà eu l'occasion d'exposer, dans ses grandes lignes, la politique actuelle et future du canton de Berne en matière de lutte contre la drogue, ainsi que les mesures nécessaires à sa réalisation.

La mise sur pied de deux antennes dans la ville de Berne a suscité un débat de fond sur la politique de lutte contre la drogue au sein du Parlement. Le Grand Conseil a reconnu qu'à l'heure actuelle ces antennes offrent une aide essentielle aux toxicomanes en pleine déchéance et qu'il n'y a pas d'autres solutions qui garantissent une prise en charge médicale (prévention du sida, aide à la survie, etc.) et sociale (contacts, conseils, etc.) comparable. Une décision tranchée, qui vient confirmer l'orientation prise par la politique du Conseil-exécutif. En fin d'exercice, «Contact-Thoune» a déposé, avec le soutien de la Ville de Thoune, une demande de financement d'une antenne auprès de la Direction.

Le dossier sur un centre bernois de désintoxication a fait l'objet d'un examen et les premières démarches ont été entreprises en vue d'une offre souple de désintoxication.

En installant des poubelles pour seringues usagées dans la ville de Berne et en collaborant à l'élaboration d'un programme d'approvisionnement et de récupération de seringues, on entend réduire la propagation du VIH à d'autres groupes de la population. Et par la participation aux séances du groupe «drogue» du Conseil municipal de la Ville de Berne, on est à même d'assurer la coordination des efforts de lutte contre la drogue.

Pour ralentir et enrayer la concentration de toxicomanes dans des centres comme Berne, Bière ou Thoune, il faut à la fois élargir et régionaliser l'assistance. C'est ainsi que «Contact-Thoune» a mis sur pied une unité de soins extérieure à Interlaken et que le Conseil-exécutif a approuvé la création d'un service de consultation à Berthoud.

L'organe responsable de la communauté Britternmatte n'a pas encore pu mettre à exécution son projet d'une nouvelle communauté de vie et de travail pour les toxicomanes chez qui toute autre forme de traitement s'est avérée inefficace. Inapproprié, le domaine Britternmatte à Rüegsau sera vendu. A sa place, on espère pouvoir trouver des locaux plus adéquats.

2.1.5 *Promotion de la santé*

Le projet «L'alcoolisme au travail» a été achevé au milieu de l'année, les rapports d'évaluation sont arrivés dans les délais. On examine actuellement comment cette offre judicieuse pourrait être intégrée aux structures existantes. Des discus-

Gespräche haben stattgefunden, und auf Mitte 1990 sollte die Institutionalisierung konkrete Formen annehmen.

Der Verein für gesunde Arbeitsplatzverpflegung reichte aufgrund der Evaluation durch das ISPM im Berichtsjahr ein Gesuch um Weiterführung dieser wichtigen Tätigkeit ein. Das Angebot soll erweitert und gleichzeitig der selbsttragende Betrieb angestrebt werden. Die Materialien für Gesundheits-erziehung und -förderung sind wie geplant im Frühling der Öffentlichkeit vorgestellt worden. Das Interesse war gross, und es zeichnet sich bereits eine Steigerung der Aktivitäten der Gemeinden und der Organisationen in diesem Bereich ab.

Aus dem Fonds zur Krankheitsbekämpfung konnten die Bernische Arbeitsgemeinschaft Nichtraucher BAN und die Arbeitsgemeinschaft Tabakmissbrauch AT in ihren präventiven Aktivitäten unterstützt werden. Daneben fördert die Unterstützung von Projekten in den Gemeinden Steffisburg und Münsingen, der erweiterten Mütter-/Elternberatung und des «Forum Gesundheitsförderung» aus diesem Fonds die Ausrichtung auf eine vorsorgliche Gesundheitspolitik.

Der Bernische Verband für Suchtprobleme und die PLUS-Fachstellen für Sucht- und Gesundheitsfragen haben mit der Gestaltung von Tagungen zur Gesundheitsförderung (z. B. der zweite Tag des Aeschi-Kurses, die Gesundheitstagung Thun 2000) und mit Gesundheitsmärkten wesentlich dazu beigetragen, dass sich Behörden und die Bevölkerung vermehrt mit der Verantwortung für eine gesunde Lebensweise auseinandersetzen.

2.1.6 Rechtsabteilung

Die administrativ der Gesundheitsdirektion zugeordnete Rechtsabteilung behandelt auch die Rechtsgeschäfte der Fürsorgedirektion; sie ist als gemeinsame Abteilung für beide Direktionen tätig.

Die am 15. November 1988 verabschiedete Revision des Fürsorgegesetzes konnte auf den 1. Juni des Berichtsjahres in Kraft gesetzt werden. Mit dieser Änderung werden inskünftig die wiederkehrenden Betriebsbeiträge an Fürsorgeeinrichtungen von der Direktion beschlossen und ausbezahlt.

Die Arbeiten an einer Gesamtrevision des Fürsorgegesetzes wurden weitergeführt. Ein erster Entwurf konnte direktionsintern zur Stellungnahme unterbreitet werden.

Bis zum Herbst des Berichtsjahres konnte ein Entwurf für ein Asylgesetz erarbeitet und intern weitgehend bereinigt werden. Ende Jahr wurden verschiedene offene Rechtsfragen der Universität Bern zur Beantwortung in Form eines Gutachtens vorgelegt. Es ist geplant, im nächsten Jahr (1990) das Vernehmlassungsverfahren zu eröffnen.

Am 21. November verabschiedete der Grosse Rat eine Änderung des Dekrets vom 20. Februar 1962 über die Bekämpfung des Alkoholismus und eine dadurch bedingte Änderung des Organisationsdekrets vom 10. November 1977 der Gesundheits- und Fürsorgedirektion; danach werden in Zukunft die Kommission zur Bekämpfung des Alkoholismus und die Drogenkommission in einer einzigen Kommission vereinigt (vgl. auch Ziff. 2.1.2). Der entsprechende Entwurf für eine Verordnung über die Kommission zur Bekämpfung des Suchtmittelmissbrauchs lag Ende des Berichtsjahres vor.

Eine Änderung der Verordnung vom 29. Juni 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen wurde vom Regierungsrat am 18. Oktober beschlossen. Nebst einzelnen Anpassungen überholter Ordnungsbestimmungen wurde mit dieser Änderung vor allem eine Entlastung der kantonalen Fürsorgekommission im Bereich der Stellungnahme zu Subventionskürzungen anvisiert.

Ebenfalls am 18. Oktober verabschiedete der Regierungsrat eine Verordnung über die Staatsvertretung in leitenden Orga-

nisationen ont déjà eu lieu à ce sujet et l'institutionnalisation devrait se concrétiser au milieu de l'année 1990.

A la suite de l'évaluation réalisée par l'IMSP, l'Association bernoise pour une alimentation saine à la place de travail a déposé durant l'exercice une demande en vue de poursuivre cette tâche essentielle. Il s'agit d'élargir l'offre et de tendre, dans le même temps, à l'autosuffisance de l'entreprise. Comme prévu, le dossier sur l'éducation à la santé et la promotion de la santé publique a été publié au printemps. Il a suscité un grand intérêt et on constate déjà, du côté des communes et des organisations, un redoublement d'efforts en la matière.

Les efforts de prévention de la Communauté bernoise anti-tabac (BAN) et de l'Association suisse contre le tabagisme (AT) ont pu être financés par le fonds de lutte contre les maladies. Le financement, par ce fonds, de projets dans les communes de Steffisbourg et de Münsingen, de l'amélioration de l'information des mères/parents et du forum pour la promotion de la santé renforce la dimension préventive de la politique de la santé.

L'Association bernoise pour les questions de toxicomanies et les centres PLUS de promotion de la santé et de prévention des toxicomanies ont largement contribué à la sensibilisation des pouvoirs publics et de la population à un mode de vie sain, par l'organisation de journées de promotion de la santé (p. ex. la deuxième journée des cours Aeschi, la journée de la santé Thoune 2000) et de marchés de la santé.

2.1.6 Service juridique

Quoique dépendant de la Direction de l'hygiène publique, le Service juridique traite également les affaires juridiques de la Direction des œuvres sociales; c'est donc un service commun aux deux Directions.

La révision partielle de la loi sur les œuvres sociales, adoptée le 15 novembre 1988, est entrée en vigueur le 1^{er} juin de l'année sous rapport. Suite à cette modification, c'est la Direction qui fixe et décide le versement périodique des subventions d'exploitation octroyées aux institutions sociales.

Parallèlement, les travaux en vue d'une révision totale de la loi sur les œuvres sociales se sont poursuivis. Un premier projet a déjà été soumis pour avis à la Direction.

Jusqu'à l'automne de l'exercice, un projet de loi sur l'asile a par ailleurs été élaboré et amplement revu au sein de la Direction. Les questions juridiques irrésolues ont été soumises en fin d'exercice à l'Université de Berne, chargée de remettre une expertise sur la question. L'ouverture de la procédure de consultation est prévue pour 1990.

Le Grand Conseil a adopté le 21 novembre une modification du décret du 20 février 1962 concernant la lutte contre l'alcoolisme et, par voie de conséquence, une modification du décret du 10 novembre 1977 concernant l'organisation de la Direction de l'hygiène publique et de la Direction des œuvres sociales; il en découle la future fusion de la Commission de lutte contre l'alcoolisme et de la Commission en matière de lutte contre l'abus de la drogue (cf. également ch. 2.1.2). Le projet correspondant d'ordonnance sur la Commission cantonale de lutte contre les toxicomanies a été présenté à la fin de l'exercice.

De son côté, le Conseil-exécutif a décidé le 18 octobre de modifier l'ordonnance du 29 juin 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à des institutions particulières de prévoyance et d'aide sociale. Outre l'adaptation de quelques dispositions caduques, cette modification a d'abord eu pour but de décharger la Commission cantonale des œuvres sociales en ce qui concerne les avis sur les réductions de subventions.

Le 18 octobre, le Conseil-exécutif a également adopté une ordonnance sur la représentation de l'Etat dans les organes

nen von Fürsorgeheimen. Diese Verordnung soll Grundlage bilden für die schon bisher praktizierte Abordnung von Staatsvertretern in Fürsorgeheime.

Die von der Abteilung zu behandelnden Einzelgeschäfte hielten sich in Art und Umfang ungefähr im Rahmen der vorangegangenen Jahre.

2.2 Fürsorgeabteilung

2.2.1 *Allgemeines*

Nach langen Vorbereitungs- und Planungsarbeiten war es am 20./21. April endlich soweit, die Fürsorgeabteilung zügelte von der Herrengasse 22 – wo sie seit dem 28. März 1956 untergebracht war – in neue, freundliche Büroräume am Rathausplatz 1.

Im Zuge von EFFISTA trat auf 1. Juli des Berichtsjahres das neue Organigramm dieser Abteilung in Kraft. Dadurch wurden u. a. die Dienstzweige «Interkantonale Fürsorge» und «Inkassodienst» zur Gruppe «Fürsorgefälle» vereinigt. Im Sinne einer Vernetzung dieser beiden Dienstzweige wird in gruppeninternen Weiterbildungsveranstaltungen das Fachwissen gegenseitig ausgetauscht.

Im Berichtsjahr trafen durchschnittlich 94 Unterstützungsanzeigen – ohne Asylbewerber – pro Monat ein. Im Vorjahr waren es deren 98. Der leichte Rückgang der eingegangenen Meldungen hatte nicht etwa eine Arbeitsverminderung zu Folge, im Gegenteil, die Unterstützungsfälle sind zum Teil komplizierter und damit auch zeitaufwendiger geworden, müssen doch teilweise langwierige Abklärungen getroffen werden. In Tabelle 1 sind die Unterstützungsausgaben des Staates für das Berichtsjahr ausgewiesen.

Der ausserordentliche Zustrom von Asylbewerbern konnte dank der Mithilfe aller verfügbaren Kräfte und unter Beizug von Aushilfen knapp bewältigt werden, hingegen reichte es zur Erledigung aller administrativen Arbeiten nicht mehr. Die Schaffung neuer Strukturen und die personelle Aufstockung sind im Asylwesen dringend notwendig.

2.2.2 *Fürsorge des Staates für Kantonsbürger*

Gesamtschweizerisch existiert keine Fürsorgestatistik, aber gemäss Schätzungen ersuchen rund drei Viertel aller Benützer von öffentlichen Sozialdiensten primär um finanzielle Unterstützung. Im Bereich der materiellen Hilfe kommt die öffentliche Fürsorge bekanntlich erst dann zum Zug, wenn die eigene Existenzsicherung nicht möglich ist und kurzfristig keine andere Hilfe verfügbar gemacht werden kann (Subsidiaritätsprinzip).

Die Fürsorge wird von den Kantonen auf der Grundlage ihrer Verfassungen in Fürsorge- und Sozialhilfegesetzen und entsprechenden Ausführungsbestimmungen geregelt. Diese einheitliche Fürsorgepraxis führt dazu, dass sich die materielle Lage eines Hilfebedürftigen durch den Umzug in einen anderen Kanton verändern kann.

Infolge der zunehmend auseinanderklaffenden Entwicklung zwischen Lohn- und Lebenskostenniveau (Miete, Krankenkassenversicherung usw.) sinken immer mehr Lohnempfänger bei voller Erwerbstätigkeit unter die Limite des sozialen Existenzminimums nach den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für öffentliche Fürsorge. Als wichtiger sozialer Faktor erweist sich deshalb die Wohnungspolitik eines Kantons.

directeurs des foyers, hospices et asiles. Cette ordonnance doit servir de fondement à la délégation de représentants de l'Etat dans des foyers, hospices et asiles, délégation qui a déjà été pratiquée jusqu'ici.

Pour ce qui est des différentes affaires que le Service juridique doit traiter, enfin, elles sont comparables, en genre et en nombre, à celles de l'année précédente.

2.2 Service de prévoyance sociale

2.2.1 *Généralités*

Au terme de longs travaux de préparation et de planification, le Service de prévoyance sociale a enfin pu quitter, les 20 et 21 avril, la Herrengasse 22 – où il était installé depuis le 28 mars 1956 – pour occuper les bureaux neufs et accueillants de la Rathausplatz 1.

Dans le droit fil d'EFFISTA, le 1^{er} juillet de l'année sous rapport a marqué l'entrée en vigueur du nouvel organigramme de ce service. Il en résulte notamment la réunion des branches «Assistance intercantonale» et «Service de recouvrement» en un seul et même groupe «Cas d'assistance». Pour que cette réunion soit harmonieuse, on a prévu au sein des groupes des possibilités de formation complémentaire, qui favorisent l'échange des connaissances spécialisées.

Durant l'exercice, le canton de Berne a reçu en moyenne 94 avis d'assistance par mois (demandeurs d'asile exceptés). L'année précédente, ils avaient été au nombre de 98. Or, loin de réduire le volume de travail, les avis d'assistance, légèrement moins nombreux, mais souvent plus complexes et, par là même, plus long à traiter, exigent parfois des recherches laborieuses. Le tableau N° 1 rend compte des dépenses d'assistance de l'Etat au cours de l'exercice.

Si l'arrivée massive de demandeurs d'asile a pu tout juste être maîtrisée grâce au concours de toutes les forces disponibles et au recours à des auxiliaires, il n'a guère été possible de venir à bout de tous les travaux administratifs. D'où la nécessité de créer de nouvelles structures et d'augmenter les effectifs dans le domaine de l'asile.

2.2.2 *Assistance de l'Etat aux ressortissants du canton*

Bien qu'il n'existe aucune statistique nationale sur l'assistance, on sait par des estimations que les trois quarts environ de tous les utilisateurs des services sociaux publics recherchent en premier lieu une aide financière. Pour ce qui est de l'aide matérielle, l'assistance publique n'entre en ligne de compte que lorsque la personne n'est plus à même de subvenir à ses besoins et qu'aucune autre aide ne peut être débloquée dans l'immédiat pour la secourir (principe de subsidiarité).

Ce sont les cantons qui réglementent, sur la base de leur constitution, les œuvres sociales par des lois sur l'assistance publique et l'aide sociale et leurs dispositions d'exécution. Cette disparité de la pratique sociale peut avoir pour effet de modifier la situation matérielle de la personne qui nécessite une aide, lorsque celle-ci quitte un canton pour un autre.

Alors que l'écart entre le niveau des salaires et le coût de la vie (loyer, assurance-maladie, etc.) ne cesse de s'agrandir, ils sont toujours plus nombreux les salariés travaillant à plein temps qui passent au-dessous du minimum vital défini par les recommandations de la Conférence suisse des institutions d'assistance publique. D'où l'importance, du point de vue social, de la politique du logement d'un canton.

Es ist schwierig, für normalverdienende Personen eine finanziell tragbare Wohnung zu finden; viel schwieriger ist dies aber für sozial weniger angepasste Leute. Weil im Auswahlverfahren die Referenzen fehlen, erhalten sozial Benachteiligte selten preisgünstige Wohnungen.

Im Rahmen der Revision des Bundesgesetzes vom 24. Juni 1977 über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger (ZUG) befragte das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement in einem Rundschreiben die Kantonsregierungen, ob die Abschaffung der heimatlichen Kostenersatzpflicht für angebracht und sinnvoll gehalten wird. Die Auswertung dieser Vernehmlassung zeigte deutlich, dass der Zeitpunkt für den Übergang zum reinen Wohnortsprinzip noch nicht gekommen ist. Als Kostenverteilungsvariante wurde dem Bundesrat und dem Parlament beantragt:

Zwei Jahre vollen Kostenersatz durch den Heimatkanton und anschliessend volle Kostentragung durch den Wohnkanton.

2.2.2.1 Heimkehrer

Die Zahl der aus dem Ausland in den Heimatkanton Bern zurückgekehrten Personen ist im Berichtsjahr angestiegen:

Einzelpersonen	19
Ehepaare	7
Kinder	12
Total	45

Die meisten Heimkehrer kamen aus der DDR. Die dortige Liberalisierung und Öffnung der Grenzen hatte auch auf die ausreisewilligen Schweizer Bürger Einfluss. Sie nutzten die Chance, ohne grosse Formalitäten und besonders lange Wartezeiten die Deutsche Demokratische Republik verlassen zu können. Es ist anzunehmen, dass diese Tendenz anhalten wird.

2.2.2.2 Berner im Ausland

Bezüglich der Vereinbarung zwischen der Schweiz und der Bundesrepublik Deutschland über die Fürsorge für Hilfsbedürftige fand in der Zeit vom 14. bis 16. November in Bern zwischen Vertretern beider Staaten der 7. schweizerisch-deutsche Meinungsaustausch statt. Beide Seiten wiesen daraufhin, dass die Fürsorgevereinbarung ein Instrument ist, das sich bei Hilfgewährung für bedürftige Staatsangehörige des jeweiligen Partnerstaates bewährt hat.

Auch im verflossenen Jahr verlief die Zusammenarbeit mit der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich bzw. dem Bundesamt für Polizeiwesen im allgemeinen problemlos.

2.2.3 Fürsorge des Staates für Kantonsfremde

Die Aufwendungen für Ausländer ohne Wohnsitz in der Schweiz erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr. Sie betragen für 31 Personen 80 798 Franken abzüglich Einnahmen von 8206 Franken, netto somit 72 592 Franken. Im Vorjahr beliefen sich die Nettoaufwendungen für zwölf Personen auf 58 545 Franken.

Trouver un appartement abordable, pour une personne qui gagne normalement sa vie, n'est pas chose facile, mais elle l'est encore moins pour une personne moins adaptée sur le plan social. A défaut de pouvoir fournir des références, les gens socialement défavorisés ne décrochent que rarement des appartements bon marché.

Dans le cadre de la révision de la loi fédérale du 24 juin 1977 sur la compétence en matière d'assistance des personnes dans le besoin (LFA), le Département fédéral de justice et police a demandé, dans une circulaire, aux gouvernements cantonaux s'ils jugeaient appropriée et judicieuse la suppression de l'obligation du canton d'origine de rembourser les frais. Si l'on en croit les résultats de cette consultation, le moment n'est pas encore venu de passer au principe du domicile. On a donc proposé au Conseil fédéral et au Parlement un autre mode de répartition des frais:

remboursement total des frais par le canton d'origine pendant deux ans, puis prise en charge totale des frais par le canton de domicile.

2.2.2.1 Bernois revenus dans leur canton

Le nombre de Bernois revenus de l'étranger pour s'installer dans leur canton d'origine a augmenté durant l'exercice:

Personnes seules	19
Couples	7
Enfants	12
Total	45

La plupart des ressortissants sont revenus de la République démocratique allemande. Car la libéralisation et l'ouverture des frontières qui s'y sont produites ont également incité les ressortissants suisses à partir. Ils ont profité de l'occasion pour quitter la RDA sans grandes formalités ni attentes prolongées. Et on peut supposer que ce mouvement se poursuivra.

2.2.2.2 Bernois à l'étranger

S'agissant de la convention d'assistance des personnes dans le besoin entre la Suisse et la République fédérale d'Allemagne, on a pu assister du 14 au 16 novembre à Berne au 7^e échange de vues entre les représentants des deux Etats. Les parties s'accordent à dire que la convention d'assistance a fait ses preuves pour ce qui est de l'octroi d'une aide aux ressortissants dans le besoin de chacun des deux Etats.

Durant l'exercice, la coopération avec la RFA et la France, ainsi que la collaboration avec l'Office fédéral de la police, se sont déroulées dans l'ensemble sans problèmes.

2.2.3 Assistance de l'Etat aux ressortissants non bernois

Les dépenses pour des étrangers sans domicile en Suisse ont augmenté par rapport à l'année précédente. Elles se montent, pour 31 personnes, à 80 798 francs, moins les recettes d'un montant de 8206 francs, soit à 72 592 francs nets. En 1988, les dépenses nettes pour 12 personnes s'élevaient encore à 58 545 francs.

Tabelle 1 – Unterstützungsausgaben des Staates

Tableau 1 – Dépenses d'assistance de l'Etat

Wohnort der Unterstützten	Fälle Cas	Personen Personnes	Total Fr.	Anteil des Wohnkantons Quote-part	Ausgaben Dépenses Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Domicile des assistés
					(Bei Bernern in andern Kantonen nur heimatische Anteile) (Pour Bernois dans d'autres cantons, seulement quotes- parts d'origine)		
a) Berner in andern Kantonen							a) Bernois dans d'autres cantons
Zürich	450	633			2 060 185	750 451	Zurich
Luzern	103	160			558 981	119 112	Lucerne
Uri	–	–			–	–	Uri
Schwyz	12	18			66 912	4 615	Schwytz
Obwalden	4	8			14 439	4 028	Obwald
Nidwalden	4	7			42 737	7 850	Nidwald
Glarus	3	11			18 754	5 460	Glaris
Zug	7	12			26 035	5 173	Zoug
Freiburg	47	87			169 257	77 118	Fribourg
Solothurn	108	183			669 086	181 290	Soleure
Basel-Stadt	220	313			1 732 748	696 514	Bâle-Ville
Basel-Land	117	233			744 132	214 446	Bâle-Campagne
Schaffhausen	18	27			52 532	8 479	Schaffhouse
Appenzell AR	10	18			54 247	16 792	Appenzell Rh.-Ext.
Appenzell IR	3	8			8 650	8 000	Appenzell Rh.-Int.
St. Gallen	60	115			348 472	162 952	Saint-Gall
Graubünden	18	27			134 812	16 602	Grisons
Aargau	112	205			584 929	238 685	Argovie
Thurgau	40	70			175 986	50 360	Thurgovie
Tessin	18	33			51 156	12 586	Tessin
Vaadt	119	182			492 122	245 137	Vaud
Wallis	23	43			107 151	50 226	Valais
Neuenburg	114	183			386 147	219 753	Neuchâtel
Genf	119	175			548 098	233 256	Genève
Jura	14	21			153 850	53 460	Jura
Total	1 743	2 772			9 201 418	3 382 345	Total
b) Berner im Ausland							b) Bernois à l'étranger
Deutschland	44	58			589 547	43 847	Allemagne
Frankreich	26	26			154 570	12 399	France
Total	70	84			744 117	56 246	Total
c) «Heimkehrer»	59	59			1 323 198	1 171 114	c) Bernois revenus dans leur canton
d) Zusammenzug							d) Récapitulation
Berner in andern Kantonen	1 743	2 772			9 201 418	3 382 345	Bernois dans d'autres cantons
Berner im Ausland	70	84			744 117	56 246	Bernois à l'étranger
«Heimkehrer»	59	59			1 323 198	1 171 114	Bernois revenus dans leur canton
Total	1 872	2 915			11 268 733	4 609 705	Total
e) Aufgliederung der Einnahmen							e) Répartition des recettes
Unterhalts- und Verwandtenbeiträge				766 360			Aliments et contributions familiales
Rückerstattungen der Unterstützten und ihrer Erben				637 794			Restitutions par des assistés et leurs héritiers
Alters-, Hinterlassenen- und Invaliden- renten, Ergänzungsleistungen				2 136 414			Rentes de vieillesse, de survivants et d'invalides, prestations complémentaires
Andere Einnahmen (Schulungskosten- beiträge, Stipendien, Vergütungen pflichtiger Gemeinden)				970 842		98 295 ¹	Autres recettes (contributions aux frais de formation scolaire, bourses, remboursements de communes tenues à l'assistance)
Total Einnahmen						4 609 705	Total des recettes
f) Kantonsfremde	31	31			80 798	8 206	Etrangers au canton
Total	1 903	2 946			11 349 531	4 617 911	Total
Reinausgaben	1 903				6 731 620		Dépenses nettes

¹ Vergütungen pflichtiger Gemeinden¹ Remboursements des communes tenues à l'assistance

g) Vergleiche

g) Comparaison

	Fälle Cas	Rohausgaben Dépenses brutes Fr.	Einnahmen Recettes Fr.	Reinausgaben Dépenses nettes Fr.
1989	1 903	11 349 531	4 617 911	6 731 620
1988	2 453	11 223 891	4 635 200	6 588 691
1987	2 221	11 112 659	4 415 738	6 696 921
1986	2 386	10 994 986	4 023 679	6 971 307
1985	2 429	11 175 817	3 983 893	7 191 924
1984	2 434	10 483 242	3 740 549	6 742 693
1983	2 320	8 809 434	3 468 685	5 340 749
1982	2 187	7 634 731	3 419 152	4 215 579
1981	2 209	6 670 602	3 840 645	2 829 957
1980	2 924	7 569 049	4 213 551	3 355 498
1979	5 259	12 029 686	6 840 946	5 188 740
1978	5 899	17 713 910	9 924 299	7 789 611
1977	5 614	17 996 002	10 133 633	7 862 369
1976	5 455	17 435 410	10 174 709	7 260 701
1975	5 143	15 328 923	10 001 354	5 327 569
1974	5 286	13 516 179	9 538 883	3 977 296
1973	5 534	13 750 061	9 190 265	4 559 796
1972	5 916	11 666 717	7 355 166	4 311 551
1971	6 021	11 381 763	7 338 685	4 043 078
1970	6 234	11 096 669	6 753 076	4 343 593
1965	8 428	11 616 854	4 640 053	6 976 801
1960	10 003	10 795 341	3 120 969	7 674 372
1955	10 688	9 497 538	1 825 750	7 671 788
1950	11 791	8 655 288	1 344 293	7 310 995

2.2.4 Asylbewerber

In den Monaten Januar bis Dezember hat der Kanton Bern 3303 neue Asylbewerber aufgenommen. Von den zugewiesenen Gesuchstellern stammen 35 Prozent aus der Türkei, 24 Prozent aus Sri Lanka und 6 Prozent aus Libanon.

Der Bund hat insgesamt die Gesuche von 111 Asylbewerbern des Kantons Bern positiv entschieden; 1930 Ausländer wurden weggewiesen.

Die massive Zunahme der Gesuchsteller hat die Koordinationsstelle für das Asylwesen des Kantons Bern vor administrative, personelle und materielle Probleme gestellt, die nur teilweise befriedigend gelöst werden konnten.

Am 16. Oktober hat der Fürsorgedirektor in seiner Funktion als Präsident der Konferenz der kantonalen Fürsorgedirektoren den Bundesrat über die sich verschärfende Lage im Asylbereich aufmerksam gemacht. In einem weiteren Schreiben vom 18. Dezember hat der Direktor dem Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes Lösungsansätze zur Bewältigung der anstehenden Asylprobleme vorgeschlagen. Unter der Federführung der Direktion hatte die Kantonsregierung die Gelegenheit, zum Strategiebericht des Bundes über eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre Stellung zu nehmen. Sie legte grossen Wert auf die Ursachenbekämpfung durch eine Politik der Wahrung der Menschenrechte und der Hebung der Lebensqualität in den Herkunftsländern. Nebst Massnahmen im Hinblick auf ein rasches und qualitativ einwandfreies Verfahren erwartet der bernische Regierungsrat den Ausbau des Schnellverfahrens («Verfahren 88»), eine Trennung der Ausländer- von der Asylpolitik sowie die Prüfung eines neuen Asylverfahrensrechts.

Probleme bei der Unterbringung und Betreuung bot die zunehmende Zahl von Familien mit oft mehreren, teilweise schulpflichtigen Kindern sowie alleinstehenden Kindern und Jugendlichen. In Sumiswald konnte gesamtschweizerisch ein erstes Zentrum für jugendliche tamilische Asylbewerber eröffnet werden, welches durch die Heilsarmee im Auftrag des Kantons betrieben wird.

Aufgrund der in den letzten Jahren stark gestiegenen Zahl der Asylanträge werden zunehmend auch die Gemeinden mit erheblichen und für sie neuartigen Problemen konfrontiert. Um die Gemeinden in ihrer oft heiklen und ungewohnten Arbeit mit Asylbewerbern zu unterstützen, hat der bernische Regierungsrat einen Vertrag mit den drei Landeskirchen genehmigt, wel-

2.2.4 Demandeurs d'asile

De janvier à décembre, le canton de Berne a accueilli 3303 nouveaux demandeurs d'asile. Parmi les candidats qui lui ont été attribués, 35 pour cent sont originaires de Turquie, 24 pour cent du Sri Lanka et 6 pour cent du Liban.

Au total, la Confédération a répondu, par une décision favorable, à la demande de 111 requérants du canton de Berne; 1930 étrangers ont été renvoyés.

La forte hausse du nombre de candidats à l'asile n'a pas été sans poser des problèmes administratifs, matériels et de personnel au Service cantonal de coordination en matière de demandeurs d'asile, dont seuls quelques-uns ont été résolus de façon satisfaisante.

Le 16 octobre, le directeur des œuvres sociales, en sa qualité de président de la Conférence des directeurs cantonaux de l'assistance publique, a attiré l'attention du Conseil fédéral sur l'aggravation de la situation en matière d'asile. Dans une autre lettre, datée du 18 décembre, le directeur a soumis des propositions au chef du Département fédéral de justice et police en vue de la résolution des problèmes qui découleront de cette situation.

Le Gouvernement cantonal a eu l'occasion, sous la conduite de la Direction, de prendre position au sujet du rapport de stratégie pour la politique des années 90 en matière d'asile et de réfugiés. Il a en particulier mis l'accent sur la lutte contre les causes par une politique de respect des droits de l'homme et de relèvement de la qualité de la vie dans les pays d'origine des demandeurs d'asile. Outre des mesures propres à garantir une procédure rapide et qualitativement irréprochable, le Conseil-exécutif bernois appelle de ses vœux le développement de la procédure rapide («procédure 88»), la séparation de la politique des étrangers et de la politique en matière d'asile ainsi que l'examen d'un nouveau droit de la procédure d'asile.

L'hébergement et l'encadrement ont posé problème par suite de l'accroissement du nombre de familles nombreuses avec des enfants en âge scolaire, mais aussi du nombre d'enfants et d'adolescents seuls. Pour la première fois, en Suisse, on a pu ouvrir un centre d'accueil de jeunes requérants tamouls à Sumiswald, centre que l'Armée du Salut exploite au nom du canton.

Avec la forte hausse des demandes d'asile ces dernières années, les communes sont, elles aussi, confrontées à des problèmes de taille et d'un nouvel ordre. Pour les aider dans le

cher die Schaffung von vier eigenständigen kirchlichen Kontaktstellen für Flüchtlingsfragen vorsieht. Diese Kontaktstellen sind Anlauf- und Informationsstellen für Freiwillige, Kirchen, Behörden und weitere Interessierte. Sie unterstützen alle, die beruflich oder auf freiwilliger Basis mit Asylsuchenden und anerkannten Flüchtlingen zu tun haben, durch Beratung und Schulung in ihrer Tätigkeit.

Das kantonale Dreistufensystem hat sich weitgehend bewährt. Die vorhandenen Strukturen, um monatlich im Durchschnitt 200 Asylbewerber aufzunehmen, reichen jedoch nicht aus; die Erstaufnahme-Strukturen wie auch der Bereich der Durchgangszentren müssen ausgebaut werden. Der ständige und schnell zunehmende Arbeitsanfall erfordert auch im persönlichen Bereich der kantonalen Koordinationsstelle für das Asylwesen dringende Anpassungen.

Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden des Kantons Bern wurde im Einvernehmen mit den Regierungsstatthaltern wesentlich intensiviert. Auf die Öffentlichkeitsarbeit und die sachgerechte Information der betroffenen Gemeindebehörden sowie der Bevölkerung wurde besonderes Schwergewicht gelegt.

Im übrigen sucht die Paritätische Kommission der kantonalen Fürsorge-, Justiz- und Polizeidirektoren unter dem Präsidium des bernischen Fürsorgedirektors für Anfang des kommenden Berichtsjahres das Gespräch mit dem Bundesrat bezüglich der hängigen Asylprobleme.

travail avec les demandeurs d'asile, qui est souvent délicat et qui ne leur est pas familier, le Conseil-exécutif bernois a approuvé une convention avec les trois Eglises nationales, qui prévoit la création de quatre antennes ecclésiastiques et autonomes pour les questions de réfugiés. Il s'agit de centres de première rencontre et d'information destinés aux bénévoles, aux Eglises, aux autorités et autres intéressés. Ils ont pour tâche d'aider tous ceux qui travaillent, professionnellement ou volontairement, avec des demandeurs d'asile et des réfugiés reconnus, en les conseillant et en les formant à leur activité.

Le programme cantonal en trois phases a fait largement ses preuves. Reste que les structures existantes ne suffisent pas à accueillir, en moyenne, 200 requérants par mois; il faut développer les structures du premier accueil, ainsi que le secteur des centres de transit. Et, avec la persistance et l'accroissement rapide du volume de travail, il convient également d'adapter en conséquence les effectifs du Service cantonal de coordination en matière de demandeurs d'asile.

La collaboration avec les communes du canton de Berne a été sensiblement intensifiée de concert avec les préfets. L'accent a été mis, en particulier, sur les relations publiques et l'information spécialisée des autorités communales ainsi que de la population.

De son côté, la Commission paritaire des directeurs cantonaux des œuvres sociales, de la justice et de la police, présidée par le directeur des œuvres sociales, souhaite engager la discussion avec le Conseil fédéral sur les problèmes liés à l'asile au début du prochain exercice.

2.3 Fürsorgeinspektorat und Abteilung Planung, Bau und Betrieb

2.3.1 Allgemeines

Wie bereits erwähnt (Ziff. 2.2.1) bezog auch das Fürsorgeinspektorat und die Abteilung Planung, Bau und Betrieb im April die neuen Räumlichkeiten am Rathausplatz 1.

2.3.2 Aufsichts- und Beratertätigkeit

Erstmals führte das Fürsorgeinspektorat (in Zusammenarbeit mit dem Verband bernischer Gemeinden und dem Verein Bernischer Regierungsstatthalter) Grund- und Einführungskurse für Gemeindefürsorgebehörden im ganzen Kanton durch. Die dezentralisierten Veranstaltungen boten insbesondere neuen Behördemitgliedern die Möglichkeit, sich für die Erfüllung ihrer Aufgaben das nötige Grundwissen anzueignen. Es wurden überall dieselben Kursthemen verwendet:

- Kurze Einführung in das Fürsorgegesetz,
- Aufgaben der Gemeinden im Fürsorgewesen,
- Kostenentwicklung und Lastenverteilung,
- Fallbeispiel aus der Praxis.

Erwähnenswert ist die rege Teilnahme von mehr als 800 Personen an insgesamt 18 Veranstaltungen. Kurse dieser Art sollen künftig in regelmässigen Abständen angeboten werden. Die Fachbeamtin und die Fachbeamten der Gruppe Sozialberatung haben an insgesamt 37 Sitzungen 62 Fürsorgebehörden

2.3 Inspection des œuvres sociales; Service de planification, de construction et d'exploitation

2.3.1 Généralités

Comme mentionné plus haut (ch. 2.2.1), l'Inspection des œuvres sociales et le Service de planification, de construction et d'exploitation se sont installés en avril dans leurs nouveaux locaux de la Rathausplatz 1.

2.3.2 Activité d'inspection et d'information

L'Inspection des œuvres sociales a organisé pour la première fois (en collaboration avec l'Association des communes du canton de Berne et l'Association des préfets du canton de Berne) des cours de base et d'introduction à l'intention des autorités communales des œuvres sociales dans l'ensemble du canton. Ces cours offraient, en premier lieu aux nouveaux membres de l'Administration, la possibilité d'acquérir les connaissances de base nécessaires à l'accomplissement de leurs tâches. Les thèmes de ces cours ont été les mêmes partout:

- Brève introduction à la loi sur les œuvres sociales
- Tâches des communes dans le domaine de l'aide sociale
- Evolution des coûts et présentation de la répartition des charges
- Un cas d'assistance tiré de la pratique.

A signaler: la participation active de plus de 800 personnes à 18 cours au total. Il faudrait dorénavant organiser ce type de cours à des intervalles réguliers.

Les fonctionnaires spécialisé(e)s du groupe de consultation sociale ont fourni à 62 autorités communales des œuvres

bernischer Gemeinden beraten. Dabei handelte es sich hauptsächlich um Veranstaltungen zur Einführung neuer Kreisfürsorgeinspektorinnen und -inspektoren. Um Gemeinden sowie Trägerschaften in Fragen des SPITEX-Ausbaus zu beraten oder eigentliche SPITEX-Projekte zu begleiten, waren mehr als 60 gemeinsame Besprechungen nötig. Ferner wurden 40 Gemeinden bei ihren Bemühungen zur Schaffung oder Erweiterung kommunaler oder regionaler Sozialdienste beraten.

Unverändert gross war die Nachfrage nach direkten Auskünften und nach Vermittlertätigkeit in Sachfragen.

Die im Vorjahr intensivierete Inspektions- und Beratertätigkeit in den öffentlichen Alters- und Pflegeheimen der Kategorien D und CP wurde mit Besuchen in insgesamt 26 Heimen fortgesetzt.

Im Bereich der gewerbsmässig betriebenen privaten Alters- und Pflegeheime wurden acht Heime neu eröffnet. Trotz einiger Betriebsaufgaben erreichte damit die Zahl der Betriebsbewilligungen Ende des Berichtsjahres einen neuen Höchststand von 82 Einheiten. Darin inbegriffen sind 20 erneuerte Bewilligungen, die nach ihrer vierjährigen Gültigkeitsdauer abgelaufen waren.

2.3.3 Kreisfürsorgeinspektorinnen und -inspektoren

Von den insgesamt 99 nebenamtlich tätigen Inspektorinnen und Inspektoren im bernischen Fürsorgewesen waren deren 11 wegen Rücktritts, teils nach langjährigen Diensten, zu ersetzen. Im Berichtsjahr wurde die traditionelle Jahreskonferenz weggelassen, weil die Kreisfürsorgeinspektorinnen und -inspektoren zu den Grundkursen für Fürsorgebehörden aufgebeten wurden (siehe Ziff. 2.3.2). Ferner wurde ihnen die Auswertung über diese Grundkurse in den ihnen zugeteilten Gemeinden übertragen.

In Zusammenarbeit mit der Abteilung für wissenschaftliche Auswertung ist eine Evaluation über den heutigen Aufgabenkreis und die Tätigkeiten der Kreisfürsorgeinspektorinnen und -inspektoren eingeleitet worden. Die Auswertung wird im Laufe des Jahres 1990 beendet.

2.3.4 Staatliche und private Schulheime

2.3.4.1 Allgemeines

Im Berichtsjahr wurden für 1517 Kinder (Vorjahr 1605 Kinder) Schulungskostenbeiträge ausgerichtet, sowie Staatsbeiträge für behinderte Kinder in 1268 Fällen (Vorjahr 1316 Fälle).

2.3.4.2 Staatliche Schulheime

Der Umbau der Sprachheilschule Münchenbuchsee konnte erfolgreich abgeschlossen werden. Anlässlich der Einweihung der neugestalteten Räumlichkeiten liessen sich die zahlreichen Besucher von der gut gelungenen Entflechtung von Wohnen, Schule und Mehrzweckanlagen überzeugen.

Die Umbauarbeiten im Heim der Viktoria-Stiftung Richigen sind weitgehend beendet. Parallel dazu wurden die Vorarbeiten getroffen, um die Trägerschaft dieser unselbständigen Stiftung rechtlich einwandfrei abzustützen. Dem Grossen Rat wird 1990 eine diesbezügliche Vorlage unterbreitet werden.

Der Projektierungskredit für das Schulheim Landorf Köniz über 570 000 Franken wurde am 9. Februar durch den Grossen Rat

soziales 37 consultations au total, l'essentiel du travail ayant consisté à mettre les nouveaux inspecteurs d'arrondissement des œuvres sociales au courant de leur activité. Il a fallu plus de 60 réunions pour conseiller les communes et les organes responsables dans les questions liées au développement des SPITEX, ainsi que pour assurer le suivi de projets SPITEX. Des conseils ont par ailleurs été donnés à 40 communes désireuses de créer ou d'agrandir des services sociaux communaux ou régionaux.

Toujours aussi nombreuses ont été les demandes directes de renseignements et de médiation dans les questions techniques.

L'intensification de l'activité d'inspection et d'information entamée l'année précédente dans les foyers publics des types D (foyers pour personnes âgées) et CP (foyers régionaux médicalisés) a été poursuivie avec la visite de 26 foyers au total.

Dans le secteur des foyers pour personnes âgées et des foyers médicalisés exploités à titre professionnel, on a pu assister à l'ouverture de huit foyers. En dépit de quelques tâches d'exploitation, le nombre d'autorisations d'exploiter a ainsi atteint une nouvelle fois un maximum en fin d'exercice, avec 82 unités. Sont comprises dans ce chiffre 20 autorisations renouvelées, qui étaient venues à expiration au bout de quatre ans de validité.

2.3.3 Inspecteurs et inspectrices d'arrondissement des œuvres sociales

Sur les 99 inspecteurs et inspectrices qui travaillent accessoirement pour les œuvres sociales bernoises, il a fallu en remplacer onze, qui ont donné leur démission, parfois après de nombreuses années de service. Durant l'exercice, la traditionnelle conférence annuelle n'a pas eu lieu, les inspecteurs et inspectrices d'arrondissement des œuvres sociales ayant été invités à participer aux cours de base organisés à l'intention des autorités des œuvres sociales (voir ch. 2.3.2). On leur a, en outre, confié le soin d'évaluer ces cours de base dans les communes de leur arrondissement.

Une évaluation a été engagée, en collaboration avec le Service d'évaluation scientifique, sur les tâches et les activités actuelles des inspecteurs et inspectrices d'arrondissement des œuvres sociales. Elle sera terminée dans le courant de 1990.

2.3.4 Foyers scolaires cantonaux et privés

2.3.4.1 Généralités

Au cours de l'exercice, la contribution aux frais d'instruction a été accordée à 1517 enfants (contre 1605 l'année d'avant), tandis que la contribution de l'Etat aux enfants handicapés a été versée dans 1268 cas (contre 1316 l'année précédente).

2.3.4.2 Foyers scolaires de l'Etat

Les travaux de transformation de l'Ecole de logopédie de Münchenbuchsee ont été achevés avec succès. Lors de l'inauguration des locaux nouvellement aménagés, les nombreux visiteurs ont pu se rendre compte de l'excellente imbrication des logements, de l'école et des installations polyvalentes.

Quant aux travaux de transformation du foyer de la Fondation «Viktoria» à Richigen, ils sont en grande partie terminés. Des travaux préparatoires ont été engagés parallèlement pour garantir un fondement juridique irréprochable à l'organe responsable de cette fondation non autonome. Un projet correspondant sera soumis au Grand Conseil dans le courant de 1990.

genehmigt. Vorgegangen war die Festlegung eines neuen Heimkonzeptes, das eine zweckmässige Aufteilung von Gruppenwohnungen, Landwirtschaftsbetrieb, Personalunterkünften und Schule vorsieht. Im abgelaufenen Jahr wurde intensiv am baulichen Sanierungsvorhaben gearbeitet, das voraussichtlich 1990 dem finanzkompetenten Organ zur Genehmigung vorgelegt werden soll.

Im Herbst feierten das staatliche Sonderschulheim in Oberbipp das 150jährige und das staatliche Schulheim Schlössli in Kehrsatz das 100jährige Bestehen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Jubiläumsausstellung in Kehrsatz, die am eigenen Beispiel die Entwicklung im bernischen Heimwesen darstellte und in der Öffentlichkeit viel Beachtung fand.

Wie im Vorjahr waren die Probleme der Personalbeschaffung im Erzieherbereich spürbar. Man erhält den Eindruck, tendenziell habe der langjährige Drang junger Menschen in die sozialen Berufe nachgelassen. Es scheint, dass vermehrt psychisch weniger belastende Berufe, die zudem bessere finanzielle Aufstiegsmöglichkeiten bieten, bevorzugt werden.

2.3.5 *Anlehr- und geschützte Werkstätten sowie Wohnheime für Behinderte*

In Brüttelen konnte das Wohnheim mit geschützter Werk- und Beschäftigungsstätte für geistig- und mehrfachbehinderte Personen, Brüttelenbad, eröffnet werden.

Beim Regionalen Arbeitszentrum Herzogenbuchsee steht das Wohnheim vor der Vollendung.

Es darf erwartet werden, dass wenigstens vorübergehend der Aufnahmepressure auf die Heime etwas nachlässt. Allerdings können die Wohngruppen wegen Personalmangels nicht im gewünschten Rhythmus belegt werden. Wie in andern Sparten des Gesundheits- und Fürsorgewesens wird man bei der Rekrutierung von qualifiziertem Personal vor allem darauf achten müssen, die Motivation, auf Dauer in Heimen zu arbeiten, zu fördern.

In verschiedenen Regionen des Kantons konnten im Berichtsjahr erstmals Kurse für erwachsene geistigbehinderte Personen angeboten werden. Dies geschah in Zusammenarbeit mit dem Wohnheim Bad Heustrich, dem Zentralsekretariat der Bernischen Volkshochschulen und den regionalen Volkshochschulen. Einerseits stehen die Kurse Personen aus Heimen offen, andererseits auch solchen, die privat wohnen. Das Angebot soll laufend erweitert werden und ist als Beitrag zur Erhaltung der Selbständigkeit der betreffenden Personen wie auch der Förderung ambulanter Dienste zu sehen. Erfreulich ist, wie positiv die Volkshochschulen die Initiative der Direktion aufgenommen haben und ihr Bildungsangebot auch diesem Personenkreis öffnen.

2.3.6 *Ambulante Hilfe*

Die im Vorjahr angekündigte SPITEX-Broschüre wurde im August als Nummer drei in der Schriftenreihe «Gesundheit erhalten und fördern» herausgegeben. Dieser SPITEX-Ratgeber wendet sich an die gesamte Bevölkerung. Er wurde weitgehend positiv aufgenommen, mit entsprechenden Echos aus der ganzen Schweiz. Die erste Auflage ist praktisch vergriffen. Vor dem Entscheid über einen Nachdruck sollen vorerst die Reaktionen ausgewertet werden, um gegebenenfalls Verbesserungen vornehmen zu können.

Unter dem Vorsitz des Direktionssekretärs kam der SPITEX-Ausschuss sechsmal zusammen, um Geschäfte aus dem

Le crédit d'élaboration du projet du foyer scolaire de Landorf à Köniz, d'un montant supérieur à 570000 francs, a été approuvé par le Grand Conseil le 9 février. Et on a fixé, au préalable, un nouveau programme qui prévoit une répartition judicieuse entre les logements collectifs, le domaine agricole, les logements pour le personnel et l'école. Durant l'exercice, l'accent a été mis sur l'élaboration d'un projet de rénovation, qui sera probablement soumis pour approbation à l'organe détenant les compétences financières en 1990.

A l'automne, le foyer spécialisé public d'Oberbipp fêtait ses 150 ans d'existence, alors que le foyer public Schlössli à Kehrsatz célébrait pour sa part le centenaire de sa fondation. Il faut relever à cet égard l'exposition que ce dernier a organisée à cette occasion pour montrer l'évolution des foyers bernois à l'aide de son propre exemple, une exposition qui a suscité un large écho dans le public.

Durant l'exercice, les problèmes de recrutement d'éducateurs se sont à nouveau fait sentir. C'est comme si l'engouement que les jeunes ont manifesté pour les professions sociales pendant de nombreuses années était retombé. Il semble que ceux-ci leur préfèrent à présent des professions moins astreignantes psychiquement, qui, de surcroît, sont mieux rémunérées.

2.3.5 *Ateliers protégés et de préformation et foyers/appartements pour handicapés*

A Brüttelen, le foyer doté d'un atelier protégé et d'occupation pour handicapés mentaux et poly-handicapés de Brüttelenbad a pu ouvrir ses portes.

Et dans le Centre de travail régional de Herzogenbuchsee, le foyer est sur le point d'être terminé.

On peut s'attendre à ce que la forte demande d'admission dans les foyers se relâche, au moins temporairement. Or, faute de personnel, il n'est pas possible de prendre les inscriptions pour les groupes d'habitation au rythme souhaité. Comme dans d'autres domaines de la santé publique et de l'aide sociale, il faudra, lors du recrutement, inciter avant tout le personnel qualifié à travailler durablement dans les foyers.

Dans différentes régions du canton, on a pu, durant l'exercice, offrir pour la première fois des cours à des handicapés mentaux d'âge adulte, et ce en collaboration avec le foyer de Bad Heustrich, le secrétariat central de l'Université populaire bernoise et les universitaires populaires régionales. Ces cours sont ouverts aussi bien aux personnes qui habitent dans un foyer qu'à celles qui vivent à la maison. Leur éventail sera constamment élargi et conçu en sorte de contribuer à préserver l'autonomie des intéressés et à promouvoir les services ambulatoires. On ne peut que se réjouir de l'accueil que les universités populaires ont réservé à cette initiative de la Direction ainsi que de l'extension de leur offre de formations à ce groupe de personnes.

2.3.6 *Aide ambulatoire au 3^e âge*

Le guide SPITEX annoncé l'année d'avant a été publié en août; il s'agit du numéro trois de la série «Sauvegarder et améliorer la santé». Destiné à l'ensemble de la population, ce guide a été bien accueilli, des échos étant parvenus de toute la Suisse. La première édition est pratiquement épuisée. Avant de rééditer l'ouvrage, il conviendra d'abord d'apprécier les réactions pour y apporter, le cas échéant, des améliorations.

Le comité SPITEX s'est réuni six fois sous la présidence du secrétaire de direction pour émettre un avis sur différents dossiers relatifs aux SPITEX. Ces réunions ont également permis d'échanger des informations. Un volet important de l'activité

SPITEX-Bereich zu begutachten. Die Sitzungen dienten auch dem Informationsaustausch. Einen Schwerpunkt der Ausschusstätigkeit bildete das Projekt eines bernischen SPITEX-Leitbildes (vgl. Ziff. 2.3.12 SPITEX-Leitbild). Viele Einzelgeschäfte, worunter auch die Beantwortung verschiedener parlamentarischer Vorstösse, beschäftigten den Ausschuss. Erwähnenswert ist die Zusammenarbeit mit Pro Senectute in einer speziellen Arbeitsgruppe für die Herausgabe einer Spitex-Organisationsanleitung für Gemeindebehörden und Trägerschaften.

Ein wichtiges Thema betrifft die Finanzierung von Koordinationsstellen. Bekanntlich krankt der ambulante Bereich am Mangel an Koordination unter den vielen Dienstleistungsanbietern, aber auch zwischen stationärem, halbstationärem und ambulante Sektor. Durch eine gesicherte Regelung der Finanzierung soll es den Gemeinden ermöglicht werden, derartige Koordinationsstellen zu schaffen. Es soll ein Regierungsentscheid ausgelöst werden, um die Tätigkeit von Koordinationsstellen als lastenverteilungsberechtigt im Sinne des Fürsorgegesetzes zu erklären.

2.3.7 *Neue Alterspolitik*

In der zweiten Hälfte, besonders jedoch im letzten Quartal des Berichtsjahres, wurden die vorhandenen Unterlagen intensiv bearbeitet und zu einem Bericht zusammengestellt. Ende Jahr lag ein Rohentwurf vor, dessen bereinigte Fassung im Laufe des Jahres 1990 den zuständigen Instanzen zur Beschlussfassung unterbreitet werden soll.

Die Leitgedanken der neuen Alterspolitik lassen sich mit folgenden drei Stichworten charakterisieren: Grösstmögliche Selbständigkeit der Betagten, Kontinuität im täglichen Leben und integriertes Dienstleistungsangebot. Angesichts der wachsenden Zahl Betagter und knapper werdenden Ressourcen (Personal und öffentliche finanzielle Mittel) geht es darum, Betagten zu ermöglichen, weitgehend selbständig zu bleiben. Wichtig ist dabei die Kontinuität – besonders beim Wohnen und bei den Dienstleistungen, da im Alter bereits in verschiedenster Hinsicht grosse «Anpassungsleistungen» verlangt werden, z.B. durch das Nachlassen der körperlichen Kräfte, durch den Tod von Bekannten, Verwandten und der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners. Die Selbständigkeit der Betagten und die Kontinuität der Dienstleistungen lassen sich durch vernetzte ambulante und stationäre Dienste, die die Aufgaben im Bereich der Altershilfe gemeinsam nach der gleichen, gemeinsamen «Philosophie» lösen, besser gewährleisten als durch eine Vielzahl völlig unabhängig und nicht koordiniert arbeitender Dienstleistungserbringer.

2.3.8 *Berufsbildung*

2.3.8.1 Neukonzeption der Ausbildungen für das Personal in sozialpädagogischen Berufsfeldern

Im Berichtsjahr hat die BFF Bern die 1988 von der Schuldirektion der Stadt Bern und der kantonalen Fürsorgedirektion in Auftrag gegebene Neukonzeption der Ausbildungen weiterbearbeitet. Als Ausgangspunkt des Projektes nennt die BFF die allgemeine bildungspolitische Überzeugung, dass die Grundausbildung zu verkürzen sei und Voraussetzungen für lebenslanges Lernen geschaffen werden müssten. Für verwandte Tätigkeiten ist also nach dem Gemeinsamen zu fragen; dieses soll in der Grundstufe der Ausbildung vermittelt werden. Je nach Tätigkeit ist überdies spezielles Wissen und Können erforderlich; dieses soll auf Diplomstufe berufsbegleitend zielgerichtet erworben werden.

du comité a été le projet de principes directeurs SPITEX pour le canton de Berne (voir ch. 2.3.12 Principes directeurs SPITEX). Autre préoccupation du comité: plusieurs affaires, parmi lesquelles les réponses à différentes interventions parlementaires. A relever, enfin, la collaboration avec Pro Senectute au sein d'un groupe de travail, chargé de publier des instructions concernant l'organisation des SPITEX à l'intention des autorités communales et des organes responsables.

Parmi les points essentiels, on trouve le financement des services de coordination. On sait en effet que le secteur ambulatoire pêche par un manque de coordination entre les nombreux fournisseurs de prestations, mais aussi entre les institutions hospitalières, semi-ambulatoires et ambulatoires. Par la réglementation du financement, les communes se verront offrir la possibilité de mettre sur pied des services de coordination de ce type. Une décision sera sollicitée du Conseil-exécutif pour que l'activité de ces services soit soumise à la répartition des charges, au sens de la loi sur les œuvres sociales.

2.3.7 *Nouvelle politique en faveur du 3^e âge*

Au cours du 2^e semestre, et surtout durant le dernier trimestre de l'exercice, les documents disponibles ont été travaillés à fond et réunis en un rapport. Un premier projet a été présenté en fin d'exercice, dont la version revue et corrigée sera soumise dans le courant de 1990 aux instances compétentes pour qu'elles prennent une décision.

Les idées directrices de la Nouvelle politique en faveur du 3^e âge sont de trois ordres: autonomie maximale des personnes âgées, continuité dans la vie quotidienne et offre intégrée de prestations. Compte tenu de l'accroissement 3 du nombre de personnes âgées et de la raréfaction des ressources (en personnel et en fonds publics), il convient d'aider les personnes âgées à conserver autant que possible leur autonomie. L'important, à cet égard, c'est d'assurer la continuité – en particulier dans le logement et dans les prestations – car les personnes âgées doivent, à tous points de vue, fournir d'énormes «efforts d'adaptation», notamment à la suite de la diminution de leur force physique, du décès d'une connaissance, d'un proche ou de la personne aimée. Pour assurer l'autonomie des personnes âgées et la continuité des prestations, il est préférable d'avoir un réseau de services ambulatoires et hospitaliers qui accomplissent ensemble et selon une même «philosophie» les tâches de l'aide aux personnes âgées plutôt qu'une multitude de fournisseurs de prestations qui travaillent chacun pour soi et sans la moindre coordination.

2.3.8 *Formation professionnelle*

2.3.8.1 Nouvelle conception des formations socio-pédagogiques

La «Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF Bern)» a poursuivi durant l'exercice l'élaboration de la nouvelle conception des formations dont l'ont chargé en 1988 la Direction de l'instruction publique de la Ville de Berne et la Direction cantonale des œuvres sociales. Pour la «BFF Bern», l'essence même du projet est dans la nécessité générale, du point de vue de la politique de la formation, de raccourcir la formation de base et de créer les conditions propices à la formation permanente. Pour les activités analogues, il faut donc pourvoir aux connaissances générales, savoir qui doit être transmis au niveau élémentaire de la formation. Et suivant l'activité, il y a lieu de prévoir en outre des connaissances et un savoir-faire spécialisés

Von September bis Dezember ist bei den interessierten und betroffenen Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt worden. Die Ergebnisse werden das weitere Vorgehen bestimmen.

2.3.8.2 Betagtenbetreuerinnen und Betagtenbetreuer

Im Frühjahr haben 26 Absolventinnen und 5 Absolventen des dritten Kurses für Betagtenbetreuerinnen und Betagtenbetreuer ihre Ausbildung erfolgreich abgeschlossen.

Ende des Berichtsjahres standen in je zwei Lerngruppen in Aarwangen und Riggisberg insgesamt 53 Frauen und 5 Männer in der Betagtenbetreuerausbildung. 11 Frauen und 2 Männer waren bei Eintritt in die Ausbildung noch nicht 30-jährig, neun Frauen gehörten der Altersgruppe 30 bis 39 an, sieben derjenigen von 40 bis 49, und ein Mann und eine Frau nahmen die Ausbildung mit 50 bzw. 52 Jahren in Angriff.

Die berufsbegleitende, zwei Jahre dauernde Ausbildung von Betagtenbetreuerinnen und Betagtenbetreuern ist im Herbst 1984 beschlossen worden. Seither hat der Verein bernischer Alterseinrichtungen (VBA) in drei Kursen insgesamt 85 Betagtenbetreuerinnen und 8 Betagtenbetreuer ausgebildet.

2.3.8.3 Aktivierungstherapeutinnen und Aktivierungstherapeuten

Ende des Berichtsjahres standen 12 Frauen und 1 Mann in der Vollzeitausbildung und 13 Frauen in der berufsbegleitenden Ausbildung für Aktivierungstherapie.

Die Vollzeitausbildung dauert zwei Jahre. Im Frühjahr 1990 kann der fünfte Kurs abgeschlossen werden. Der erste berufsbegleitende und drei Jahre dauernde Ausbildungsgang ist im Herbst 1988 aufgenommen worden.

Die Bernische Schule für Aktivierungstherapie des Pflegeheims Bärau bei Langnau eröffnet jeweils nach Abschluss eines Lehrganges einen neuen Kurs. Deshalb sind im Berichtsjahr keine neuen Auszubildenden aufgenommen worden. Seit der Gründung der Schule im Jahre 1979 sind in vier Vollzeit-Lehrgängen insgesamt 51 Frauen und 6 Männer erfolgreich ausgebildet worden.

2.3.8.4 Kleinkinderzieherinnen und Kleinkinderzieher

Am Ende des Berichtsjahres standen in vier Lehrgängen insgesamt 65 Schülerinnen und ein Schüler in der Ausbildung.

Mit der Übernahme der schulischen Ausbildung für Kleinkinderzieherinnen und Kleinkinderzieher durch die Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule BFF Bern ist im Herbst 1987 der erste, drei Jahre dauernde Ausbildungsgang eröffnet worden.

2.3.8.5 Ausbildung in praktischer Krankenpflege in Aarberg

Im Herbst 1989 konnte die Regionale Pflegeschule Aarberg den ersten Ausbildungsgang für Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger FA SRK eröffnen.

Das Ausbildungskonzept ist aus den Gegebenheiten der Heim-situation entwickelt worden. Es ermöglicht die Ausbildung von dringend notwendigem, kompetentem Pflegepersonal im Bereich der Betreuung und Pflege von Heimbewohnerinnen und -bewohnern. Die Ausbildung ist erwachsenengerecht aufgebaut und kann im Voll- oder Teilzeitpensum absolviert werden.

qu'il s'agira d'acquérir, en cours d'emploi, au niveau du diplôme.

De septembre à décembre, les milieux intéressés et concernés ont pu participer à la procédure de consultation dont les résultats dicteront dans une large mesure la suite des travaux.

2.3.8.2 Personnel d'encadrement pour personnes âgées

Au printemps, 26 femmes et 5 hommes ont achevé avec succès la formation d'encadrant donnée pour la troisième année consécutive.

A la fin de l'exercice, 53 femmes et 5 hommes, répartis en deux groupes, suivaient à Aarwangen et à Riggisberg la formation d'encadrant pour personnes âgées. 11 femmes et 2 hommes n'étaient pas encore âgés de 30 ans lorsqu'ils ont entamé leur formation, 9 femmes appartenaient à la classe d'âge des 30 à 39 ans, 7 à celle de 40 à 49 ans et 1 homme et 1 femme l'ont commencé respectivement à 50 et 52 ans.

Cette formation d'encadrant pour personnes âgées, en cours d'emploi et d'une durée de deux ans, a été mise sur pied à l'automne 1984. Depuis lors, l'Association bernoise des institutions pour personnes âgées (VBA) a formé, en trois cours, 85 femmes et 8 hommes, au total, à cette profession.

2.3.8.3 Thérapeutes d'animation

A la fin de l'exercice, 12 femmes et 1 homme recevaient la formation de thérapeute d'animation à plein temps et 13 femmes la suivaient en cours d'emploi.

La formation à plein temps dure deux ans. Son cinquième cycle s'achèvera au printemps 1990. Le premier cycle de formation en cours d'emploi, d'une durée de trois ans, a quant à lui été engagé à l'automne 1988.

L'École bernoise de thérapie d'animation du foyer médicalisé de Bärau à Langnau entame un nouveau cours au terme de chaque cycle de formation. C'est la raison pour laquelle aucun nouvel élève n'a été admis au cours de l'exercice. Depuis la fondation de l'école en 1979, 51 femmes et 6 hommes au total ont achevé avec succès la formation au cours de quatre cycles de formation à plein temps.

2.3.8.4 Educateurs/éducatrices de la petite enfance

A la fin de l'exercice, on comptait en tout, sur les quatre cycles de formation en cours, 66 élèves en formation.

Suite à la reprise par la «Berufs-, Fach- und Fortbildungsschule Bern (BFF Bern)» de la formation d'éducateurs/éducatrices de la petite enfance, on a pu assister à l'ouverture du premier cours, d'une durée de trois ans, à l'automne 1987.

2.3.8.5 Formation d'infirmiers-assistants et infirmières-assistantes à Aarberg

A l'automne, l'École régionale de soins infirmiers d'Aarberg a entamé le premier cours d'infirmier-assistant et infirmière-assistante CC CRS.

Le programme de formation résulte des conditions propres à la situation des foyers. Il permet de former un personnel soignant compétent et très demandé dans les domaines de la prise en charge et des soins assurés aux pensionnaires des foyers. La formation est conçue pour des adultes et peut être suivie à plein temps ou à temps partiel. Pour ce qui est de la formation

Die praktische Ausbildung geschieht in Heimen, Spitälern und im spitalexternen Bereich. Zweimal jährlich beginnt ein neuer Kurs mit je 16 Auszubildenden.

2.3.8.6 Weiterbildung von Krankenpflegerinnen und Krankenpflegern FA SRK zum Diplom am Diakonissenhaus Bern

An der Schule für praktische Krankenpflege des Diakonissenhauses Bern besteht seit Herbst 1989 ein Weiterbildungsprogramm für Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger FA SRK, das zu einem Diplom als Krankenschwester/Krankenpfleger führt. Die Weiterbildung orientiert sich am Verständnis der umfassenden Pflege und Betreuung in der Langzeitpflege und der Stellung des betagten und/oder behinderten Menschen in der Gesellschaft. Sie dauert zwei Jahre und erfolgt berufsbegleitend. Die theoretische Ausbildung erfolgt in Kurswochen und an einzelnen Schultagen. Die Weiterbildung in der Praxis geschieht am Arbeitsplatz. Nach Abschluss des ersten Ausbildungsganges sollen ab Herbst 1991 alle sechs Monate 16 bis 18 Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger neu aufgenommen werden.

2.3.8.7 Kaderausbildung im Gesundheits- und Fürsorgewesen

Die Direktionen des Gesundheits- und Fürsorgewesens sind in der 1986 vom Grossen Rat genehmigten Schulplanung angewiesen worden, die Frage einer Kaderschule im Kanton Bern zu prüfen. Mit Beschluss vom 12. April hat der Regierungsrat für die Entwicklung eines Ausbildungskonzeptes für das Kaderpersonal im Gesundheits- und Fürsorgewesen einen Projektierungskredit gesprochen. In der Folge hat das Projektteam, bestehend aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der beiden Direktionen und zwei externen Experten, die erste Projektphase, die Konzeptphase, bearbeitet. Ende des Berichtsjahres konnte der Projektausschuss, welchem auch Vertreter der kantonalen Erziehungsdirektion und der Volkswirtschaftsdirektion angehören, den Bericht über die Ergebnisse dieser ersten Phase verabschieden. Der nächste Schritt beinhaltet die Phase der Information und Mitwirkung von Aussenstehenden.

2.3.9 Baubeiträge an Fürsorgeinstitutionen

Im Berichtsjahr wurden für 31 (Vorjahr 19) Projekte mit Gesamtkosten von 44,1 (11,0) Mio. Franken insgesamt 13,0 (6,8) Mio. Franken an Beiträgen sowie lastenverteilungsberechtigten Kosten bewilligt. Davon werden 7 (10) Projekte, die im abgelaufenen Jahr mit 2 (1) Ausnahmen ausschliesslich Altersheime betreffen, im Wert von 2,1 (6,0) Mio. Franken über die Lastenverteilung von Gemeinden finanziert. Die hierfür ermittelten lastenverteilungsberechtigten Kosten belaufen sich auf 2,0 (5,0) Mio. Franken. Die übrigen 24 (9) Projekte mit Gesamtkosten von 42,1 (5,0) Mio. Franken werden aus Krediten der Direktion mit 11,0 (1,6) Mio. Franken subventioniert.

2.3.10 Altersheimplanung

Ende des Berichtsjahres präsentiert sich der Stand der Realisation der Altersheimplanung 1981 (inkl. Nachtrag von 1988) wie folgt:

pratique, elle a lieu dans des foyers, des hôpitaux ou dans le secteur extra-hospitalier. Un nouveau cours commence deux fois par an avec chaque fois 16 élèves.

2.3.8.6 Formation complémentaire des infirmiers-assistants et infirmières-assistantes CC CRS au diplôme de la Maison des Diaconesses de Berne

A l'Ecole d'infirmiers-assistants et infirmières-assistantes de la Maison des Diaconesses de Berne, il existe depuis l'automne un programme de formation complémentaire des infirmiers-assistants et infirmières-assistantes CC CRS, qui débouche sur un diplôme d'infirmier ou infirmière en soins généraux. La formation complémentaire repose sur la compréhension de l'éventail des soins et de la prise en charge de longue durée, mais aussi de la position des personnes âgées et/ou handicapées dans la société. Elle dure deux ans et prend place en cours d'emploi. Pour ce qui est de la formation théorique, elle se déroule sous la forme de semaines de cours ainsi que par quelques journées isolées. Dans la pratique, la formation complémentaire se fait sur le lieu de travail. A la fin du premier cycle de formation, il s'agira de recruter, tous les six mois à partir de l'automne 1991, 16 à 18 infirmiers-assistants et infirmières-assistantes.

2.3.8.7 Formation de cadres dans les domaines de la santé publique et de l'aide sociale

Avec la planification scolaire approuvée par le Grand Conseil en 1986, les Directions de l'hygiène publique et des œuvres sociales ont reçu le mandat d'examiner la création d'une école de cadres dans le canton de Berne. Par arrêté du 12 avril, le Conseil-exécutif a approuvé un crédit d'élaboration d'un programme de formation de cadres dans les domaines de la santé publique et de l'aide sociale. L'équipe chargée du projet, dans laquelle sont réunis des collaborateurs et collaboratrices des deux Directions et deux experts externes, a ensuite mis au point la première phase du projet, c'est-à-dire la conception. A la fin de l'exercice, le comité chargé du projet, au sein duquel se trouvent également des représentants des Directions cantonales de l'instruction publique et de l'économie publique, a adopté le rapport faisant état des résultats de cette première phase. La prochaine étape consistera dans l'information et la participation des personnes extérieures.

2.3.9 Subventions à la construction d'institutions de prévoyance sociale

En cours d'exercice, 31 (19 en 1988) projets ont été approuvés. Leur coût s'est élevé à 44,1 (11,0) millions de francs, les subventions et les frais portés à la répartition des charges atteignant 13,0 (6,8) millions de francs. 7 (10) projets concernant, à 2 (1) exceptions près, des foyers pour personnes âgées évalués à 2,1 (6,0) millions de francs, seront financés par la répartition des charges des communes. Les frais admis à la répartition des charges portent sur 2,0 (5,0) millions de francs, les 24 (9) autres projets, d'un montant de 42,1 (5,0) millions de francs, seront subventionnés à l'aide de crédits de la Direction par 11,0 (1,6) millions de francs.

2.3.10 Planification des foyers pour personnes âgées

La concrétisation de la planification des foyers pour personnes âgées de 1981 (supplément de 1988 compris) s'est traduite en fin d'exercice comme suit:

	Anzahl Heime			Anzahl Betten		
	1. 7. 81 ¹	31. 12. 88	31. 12. 89	1. 7. 81	31. 12. 88	31. 12. 89
Bestand	73	97	103	3358	4383	4894
Im Bau	10	18	12	403	906	473
In Projektierung	21	–	7 ³	1001	–	117
Planungsabsicht	9	1 ²	2 ²	462	32	56
Total	113	116	124	5224	5321	5540

¹ Genehmigung Altersheimplanung

² Eine Trägerschaft verzichtete auf die Realisierung ihres Projektes im Rahmen der Altersheimplanung 1981

³ Wovon ein Projekt ein bestehendes Altersheim ersetzt (Bettensaldo = 0) und ein Projekt die Gesamtrenovation eines Altersheims (Bettensaldo = 11) ist

Im Berichtsjahr konnten über 500 Plätze neu eröffnet werden. Seit der Genehmigung der Planung im Jahre 1981 sind somit 1536 Plätze neu in Betrieb genommen worden. Von den in der Planung (inkl. Nachtrag) vorgesehenen zusätzlichen 2182 Plätzen sind über 70 Prozent bereits eröffnet.

2.3.11 Kantonale Heimplanung

Im Bundesgesetz über die Leistungen des Bundes für den Straf- und Massnahmenvollzug vom 5. Oktober 1984 wird vorgeschrieben, dass Erziehungsheime künftig nur Anspruch auf Bau- und Betriebsbeiträge erheben können, wenn der Bedarf für diese Einrichtung aufgrund einer kantonalen oder interkantonalen Planung nachgewiesen ist. Der entsprechende erste Bedarfsnachweis wurde in Zusammenarbeit mit einem externen Auftragnehmer per Januar fertiggestellt und im Berichtsjahr den Wünschen des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes angepasst. Die Vorbereitungsarbeiten für die Erhebung der Grunddaten der Jahre 1988 und 1989 wurden durchgeführt. Die Arbeiten gehen weiter.

2.3.12 SPITEX-Leitbild

Für die Erarbeitung eines kantonalbernerischen SPITEX-Leitbildes sowie eines entsprechenden Umsetzungskonzeptes wurde eine eigene Projektorganisation eingesetzt. Darin sind sowohl interne als externe Vertreterinnen und Vertreter aus den betroffenen Bereichen berücksichtigt. Es wurde ein Projektphasenplan erstellt, welcher bis Ende des Berichtsjahres die Erarbeitung eines ersten Entwurfes für das Leitbild 1990 vorsah, dem dann eine ca. zweijährige Umsetzungs- und Erprobungsphase folgen soll, welche wiederum Grundlage für die Ausarbeitung des Leitbildes 1993 sein wird.

Entsprechend diesem Projektphasenplan wurde ein erster Entwurf des Leitbildes 1990 fertiggestellt. Darin werden folgende Schwerpunkte gesetzt: Realisierung einer benutzerorientierten Planung, Berücksichtigung der zukünftigen Probleme in der Langzeitbetreuung, Verfolgen von vernetzten Lösungsansätzen (insbesondere die Förderung einer ineinandergreifenden Zusammenarbeit zwischen stationären, halbstationären und ambulanten Dienstleistungsangeboten der medizinischen und sozialen Versorgung), intensive und gezielte Stärkung des ambulanten Bereiches, Ausarbeitung von Minimalangeboten auf kantonaler, regionaler und Gemeindeebene, Verfolgen der Grundsätze «Hilfe zur Selbsthilfe» und «Selbständigkeit erhalten». Die Umsetzung der Leitbild-Inhalte soll dezentral durchgeführt werden.

	Nombre de foyers			Nombre de lits		
	1. 7. 81 ¹	31. 12. 88	31. 12. 89	1. 7. 81	31. 12. 88	31. 12. 89
En service	73	97	103	3358	4383	4894
En construction	10	18	12	403	906	473
En projet	21	–	7 ³	1001	–	117
Envisagés	9	1 ²	2 ²	462	32	56
Total	113	116	124	5224	5321	5540

¹ Approbation de la planification des foyers pour personnes âgées

² Un organe a renoncé à la réalisation de son projet dans le cadre de la planification des foyers pour personnes âgées en 1981

³ Un de ces projets remplace un foyer existant (solde = 0 lits) et un autre consiste dans la rénovation complète d'un foyer pour personnes âgées (solde = –11 lits).

Durant l'exercice, on a pu assister à la création de 500 places, ce qui porte le nombre de places nouvellement exploitées depuis l'approbation de la planification en 1981 à 1536. Sur les 2182 places supplémentaires prévues dans la planification (supplément compris), 70 pour cent sont déjà en service.

2.3.11 Planification cantonale des foyers

La loi fédérale du 5 octobre 1984 sur les prestations de la Confédération dans le domaine de l'exécution des peines et des mesures dispose que les foyers d'éducation n'ont désormais droit à des subventions à la construction et à l'exploitation que si une planification cantonale ou intercantonale montre qu'ils répondent à un besoin. La première preuve du besoin a été apportée, en collaboration avec un mandataire externe, au mois de janvier et adaptée en fonction des exigences du Département fédéral de justice et police au cours de l'exercice. Les travaux préparatoires en vue de la collecte des données de base pour les années 1988 et 1989 ont été menés à bien. Les travaux se poursuivent.

2.3.12 Principes directeurs SPITEX

Pour élaborer des principes directeurs SPITEX (principes directeurs 1990 pour le maintien à domicile dans le canton de Berne) et en concevoir l'application, on a mis sur pied un groupe de travail. Sont regroupés dans celui-ci des représentants et représentantes aussi bien internes qu'externes des milieux intéressés. Un plan des phases du projet a été établi, plan qui prévoyait l'élaboration avant la fin de l'exercice d'un premier projet de principes directeurs 1990, suivie d'une phase de réalisation et d'essai d'environ deux ans, donnant à son tour lieu à la mise au point de principes directeurs 1993.

Un premier projet des principes directeurs 1990 a donc été élaboré conformément à ce plan des phases du projet. Les priorités en sont les suivantes: réaliser une planification axée sur les utilisateurs, tenir compte des futurs problèmes liés à la prise en charge de longue durée, recourir à des solutions intégrées (et notamment promouvoir une collaboration concertée entre les institutions hospitalières, semi-ambulatoires et ambulatoires pour ce qui est de l'assistance médicale et sociale), pourvoir au renforcement intensif et ciblé du secteur ambulatoire, fixer un seuil minimal de prestations aux niveaux cantonal, régional et communal, observer deux principes: «aider à s'aider soi-même» et «préserver l'autonomie». La traduction des principes directeurs dans les faits se fera de façon décentralisée.

2.4 **Abteilung Revisorat**2.4.1 *Allgemeines*

Der Abteilung Revisorat sind im Bereich Fürsorge folgende Aufgaben übertragen:

- Durchführung der Lastenverteilung
- Überprüfen der Fürsorgeaufwendungen der 412 Gemeinden im Hinblick auf die Lastenverteilungsberechtigung
- Überprüfen der zu genehmigenden Budgets der 145 durch den Staat finanzierten Fürsorgeinstitutionen mit dem Ziel der Kosten- und Subventionsbegrenzung
- Überprüfen der Betriebsrechnungen der 145 durch den Staat finanzierten Fürsorgeinstitutionen sowie Ausrichten der lastenverteilungsberechtigten Betriebsbeiträge
- Sporadische Überprüfung von Betriebsrechnungen mit stark ansteigenden Aufwandüberschüssen von den durch die Gemeinden finanzierten Fürsorgeinstitutionen
- Abklärung der Subventionsberechtigung bei neuen direkt zu finanzierenden Institutionen (ohne Bauvorhaben)
- Vollzug der interkantonalen Heimvereinbarung
- Beraten der Gemeinden und Fürsorgeinstitutionen in Fragen des Rechnungswesens.

Daneben waren im Berichtsjahr folgende Sonderaufgaben wahrzunehmen:

- Mitwirkung an 19 «Grundkursen für Fürsorgebehörden»; Information über Kostenentwicklung und Kosteneinsparungsmöglichkeiten im Fürsorgewesen (vgl. Ziff. 2.3.2).
- Überarbeitung der Tarifregelungen für Heimbewohner und Langzeitpatienten.

2.4.2 *Ergebnis der Lastenverteilung pro 1988 vom 30. April*

In Tabelle 2 sind die Fürsorgeaufwendungen von Staat und Gemeinden in sechs Gruppen gegliedert aufgezeigt. Daraus sind die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen auf Staat und Gemeinden sowie die Abweichungen gegenüber der Lastenverteilung pro 1987 ersichtlich. (Bekanntlich liegen die Zahlen des Berichtsjahres erst Mitte Mai des Jahres 1990 vor.)

Gemäss Dekret vom 9. September 1982 über die Verteilung der Aufwendungen für das Fürsorgewesen, III. Abschnitt, sind in der Lastenverteilung vom 30. April für das Rechnungsjahr 1988 folgende Aufwendungen enthalten:

- Unkorrigierte Fürsorgeaufwendungen pro 1988 der Gemeinden
- Korrekturen der Fürsorgeaufwendungen pro 1987 der Gemeinden
- Fürsorgeaufwendung pro 1988 des Staates.

2.4.2.1 *Begründungen zu den Abweichungen der Lastenverteilungsabrechnung 1988 gegenüber der Lastenverteilungsabrechnung 1987**Armenfürsorge*

(Gesetz vom 3.12.1961 über das Fürsorgewesen, Art. 64 bis 72)

Gemeinden

Die Nettounterstützungsausgaben der Gemeinden betragen 44,7 Mio. Franken. Gegenüber 1987 haben sie um 5,3 Mio.

2.4 **Service de révision**2.4.1 *Généralités*

Voici les tâches du Service de révision dans le domaine des œuvres sociales:

- l'application de la répartition des charges;
- l'examen des dépenses d'assistance des 412 communes en vue de leur prise en compte dans la répartition des charges;
- l'examen des budgets soumis à l'approbation des 145 institutions que finance l'Etat dans le but de limiter les coûts et les subventions;
- l'examen des comptes d'exploitation des 145 institutions financées par l'Etat et le versement des subventions d'exploitation admises à la répartition des charges;
- l'examen sporadique des comptes d'exploitation accusant des dépenses excédentaires fortement accrues dans les institutions sociales financées par les communes;
- la justification du subventionnement direct de nouvelles institutions (sans les projets de construction);
- l'exécution de la Convention relative aux institutions;
- l'information des communes et institutions sociales dans le domaine de la comptabilité.

A cela se sont ajoutées, durant l'exercice, les tâches spéciales que voici:

- la participation à 19 «cours de base destinés aux autorités des œuvres sociales»; l'information sur l'évolution des coûts et les possibilités de réaliser des économies dans le domaine de l'aide sociale (voir ch. 2.3.2).
- la mise au point des réglementations tarifaires applicables aux pensionnaires des foyers et aux patients atteints d'une maladie longue durée.

2.4.2 *Résultat de la répartition des charges 1988 du 30 avril*

Le tableau N° 2 informe sur les dépenses d'assistance de l'Etat et des communes selon six groupes. Il présente la répartition des dépenses d'assistance entre l'Etat et les communes ainsi que les écarts enregistrés par rapport à la répartition des charges de 1987 (les chiffres du présent exercice ne seront disponibles qu'à la mi-mai 1990).

Conformément au décret du 9 septembre 1982 sur la répartition des charges pour les œuvres sociales, III^e chapitre, les dépenses suivantes ont été portées dans les comptes de la répartition des charges du 30 avril pour l'exercice 1988:

- les dépenses d'assistance, non corrigées, des communes pour 1988,
- les corrections des dépenses d'assistance des communes pour 1987,
- les dépenses d'assistance de l'Etat pour 1988.

2.4.2.1 *Justification des écarts enregistrés dans la répartition des charges 1988 par rapport à la répartition des charges 1987**Assistance*

(Loi du 3 décembre 1961 sur les œuvres sociales, art. 64 à 72)

Communes

Les dépenses d'assistance nettes des communes se sont élevées à 44,7 millions de francs. Par rapport à 1987, elles ont

Franken oder 14 Prozent zugenommen. 1988 mussten 752 Personen mehr als im Vorjahr unterstützt werden.

Pro unterstützte Person betragen die Nettounterstützungsausgaben 2665.50 Franken. Dies bedeutet eine Erhöhung um 8 Prozent gegenüber 1987. Infolge vermehrter Unterstützung alleinerziehender Elternteile, junger Familien und Suchtabhängiger ist die Erhöhung beträchtlich. Wesentlich zur Teuerung beigetragen haben die allgemein erhöhten Mietzinse.

Staat

Der Staat leistete 7,0 Mio. Franken Nettounterstützungsausgaben. Dies sind 70 000 Franken oder ein Prozent weniger als 1987.

Pro unterstützte Person ergaben sich Ausgaben von 2007.40 Franken. Das sind 8 Prozent weniger als 1987. Die Anzahl unterstützte Personen hat um 264 zugenommen.

Zuschüsse für minderbemittelte Personen

(Dekret vom 16. 2. 1971/17. 11. 1976/15. 11. 1977 sowie Regierungsratsbeschluss vom 25. 11. 1981)

Zuschüsse werden nur von den Wohnsitzgemeinden ausgerichtet. Sie betragen 11,8 Mio. Franken. Gegenüber 1987 bedeutet dies eine Zunahme von 0,6 Mio. Franken oder 6 Prozent.

Die Nettoausgaben pro Zuschussbezüger betragen 2878.90 Franken. Gegenüber 1987 haben sie sich um 18 Prozent erhöht. Die Erhöhung steht im gleichen Zusammenhang wie der Anstieg der Armenfürsorge. Im weiteren haben auch die Zuschüsse an Heimbewohner zugenommen.

Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder

(Gesetz vom 6. 2. 1980 und Verordnung vom 10. 9. 1980 über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder)

Das oben erwähnte Gesetz trat am 1. Januar 1981 in Kraft. Es sind ausschliesslich die Gemeinden, welche hier Leistungen zu erbringen haben.

Die gesamten Bevorschussungen pro 1988 von Unterhaltsbeiträgen für Kinder, welche 1988 von den Gemeinden nicht eingebracht werden konnten, betragen 6,6 Mio. Franken. Sie erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Mio. Franken oder 2 Prozent. Von den geleisteten Bevorschussungen konnten die Gemeinden lediglich 59 Prozent wieder eintreiben.

Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen

(Verordnung vom 29. 6. 1962 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für besondere Wohlfahrts- und Fürsorgeeinrichtungen)

Gemeinden

Hier erbrachten die Gemeinden Beiträge von 58,5 Mio. Franken. Dies sind 2,4 Mio. Franken oder 4 Prozent weniger als im Vorjahr.

Diese Reduktion hängt mit dem Wegfall der 1987 vorgenommenen Korrekturen zugunsten der Stadt Bern zusammen.

Staat

Der Staat leistete Beiträge von 8,2 Mio. Franken. Gegenüber 1987 bedeutet dies eine Aufwanzunahme von 0,7 Mio. Franken oder 9 Prozent.

Erhöhte Betriebsbeiträge an Beratungsstellen und an die landwirtschaftlichen Betriebshelferdienste haben zu dieser Steigerung beigetragen.

Fürsorgeheime

(Dekret vom 17. 9. 1968 über die Aufwendungen des Staates und der Gemeinden für Fürsorgeheime)

augmenté de 5,3 millions de francs, soit de 14 pour cent. Durant l'exercice, il a fallu assister 752 personnes de plus que l'année d'avant.

Les dépenses nettes par personne assistée ont atteint 2665 francs 50, soit 8 pour cent de plus qu'en 1987. Cette hausse sensible s'explique par la multiplication des cas d'assistance parmi les pères et mères célibataires, les jeunes familles et les toxicomanes. Un facteur non négligeable du renchérissement a été la hausse générale des loyers.

Etat

L'Etat a dépensé 7,0 millions de francs nets en dépenses d'assistance, soit 70 000 francs, ou un pour cent de moins qu'en 1987.

Les dépenses se sont élevées à 2007 francs 40 par personne, soit 8 pour cent de moins qu'en 1987. Le nombre de personnes assistées a augmenté de 264.

Allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste

(Décret des 16 février 1971/17 novembre 1976/15 novembre 1977 et arrêté du Conseil-exécutif du 25 novembre 1981)

Seules les communes de domicile accordent des allocations spéciales, lesquelles se sont chiffrées à 11,8 millions de francs. Ce montant représente une augmentation de 0,6 million de francs ou de six pour cent par rapport à 1987.

Chacun des bénéficiaires a reçu en moyenne 2878 francs 90 nets, soit 18 pour cent de plus qu'en 1987. Les raisons de cette hausse s'apparentent à celles de l'augmentation de l'assistance. De plus, les allocations spéciales en faveur des pensionnaires des foyers se sont, elles aussi, accrues.

Aide au recouvrement et avances de contributions d'entretien pour enfants

(Loi du 6 février 1980 et ordonnance du 10 septembre 1980 sur l'aide au recouvrement et les avances de contributions d'entretien pour enfants)

La loi susmentionnée est entrée en vigueur le 1^{er} janvier 1981. Seules les communes sont ici tenues de fournir des prestations.

Le montant total des avances de contributions d'entretien pour enfants que les communes n'ont pas pu recouvrer en 1988 s'élève à 6,6 millions de francs, soit 0,1 million de francs ou deux pour cent de plus qu'en 1987. Les communes n'ont pu récupérer que 59 pour cent des avances fournies.

Institutions spécialisées de prévoyance et d'aide sociale

(Ordonnance du 29 juin 1962 concernant les prestations de l'Etat et des communes à des institutions particulières de prévoyance)

Communes

Les subventions des communes ont atteint 58,5 millions de francs, ce qui représente une baisse de 2,4 millions de francs, ou de 4 pour cent par rapport à l'année précédente.

Cette baisse s'explique par la suppression des corrections apportées en 1987 au profit de la Ville de Berne.

Etat

L'Etat a accordé des subventions pour 8,2 millions de francs, ce qui équivaut à une augmentation des dépenses de 0,7 million de francs, ou de 9 pour cent par rapport à 1987.

Cette hausse résulte d'une augmentation des subventions d'exploitation en faveur des services de consultation et des services d'entraide et de dépannage en agriculture.

Foyers à but social

(Décret du 17 septembre 1968 concernant les dépenses de l'Etat et des communes pour les foyers, hospices et asiles)

Tableau 2 – Parallèle entre les répartitions des charges 1988 et 1987 selon les «bases de calcul du 30 avril 1988»

Tabelle 2 – Vergleich der Lastenverteilung 1988 und 1987, gestützt auf die «Grundlage über die Verteilung der Fürsorgeaufwendungen vom 30. April 1988»

Texte	Gemeindeaufwendungen / Communes		Staatsumwendungen / Etat		Total		Texte
	1988 Fr.	1987 Fr.	1988 Fr.	1987 Fr.	1988 Fr.	1987 Fr.	
Armenfürsorge	44 680 156	39 343 556	7 056 096	7 127 084	51 736 252	46 470 640	Assistance publique
Zuschüsse	11 859 188	11 228 303	-	-	11 859 188	11 228 303	Allocations spéciales
Inkassohilfe und Bevorsorgung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder	6 584 866	6 461 578	-	-	6 584 866	6 461 578	Aide au recouvrement et avance de contributions d'entretien pour enfants
Wohlfahrts- einrichtungen	58 488 909	60 880 524	8 164 956	7 485 808	66 653 865	68 366 332	Institutions
Fürsorgeheime	56 755 052	53 350 591	83 384 846	76 938 896	140 139 898	130 289 487	de prévoyance
Personalkosten	15 130 038	14 480 141	5 253 644	4 688 320	20 383 682	19 168 461	Foyers, hospices
Total	193 498 209	185 744 693	103 859 542	96 240 108	297 357 751	281 984 801	Frais de personnel
Abweichungen Ecart Fr. / %	+ 5 336 600 14%	+ 630 885 6%	- 70 988 1%	-	+ 5 265 612 11%	+ 630 885 6%	
Abweichungen Ecart Fr. / %	+ 123 288 2%	- 2 391 615 4%	+ 679 148 9%	+ 6 445 950 8%	+ 123 288 2%	+ 1 712 467 2%	
Total	+ 7 753 516 4%	+ 649 897 5%	+ 7 619 434 8%	+ 9 223 770 5%	+ 15 372 950 5%	+ 9 850 411 8%	
Anteil Staat 6/10	-178 414 651	-169 190 881	-178 414 651	-169 190 881	-178 414 651	-169 190 881	Part de l'Etat 6/10
Anteil Gemeinden 4/10	-118 943 100	-112 793 920	-118 943 100	-112 793 920	-118 943 100	-112 793 920	Parts des communes 4/10
Guthaben der Gemeinden aus Lastenverteilung	+ 74 555 109	+ 72 950 773	+ 74 555 109	+ 72 950 773	-	-	Avoir des communes provenant de la répartition des charges
Abweichungen Ecart Fr. / %	+ 1 604 336 2%	+ 1 604 336 2%	+ 1 604 336 2%	+ 1 604 336 2%	-	-	

Diese Gruppe enthält Bau- und Einrichtungs- sowie Betriebsbeiträge für ca. 300 bernische Fürsorgeinstitutionen und mehrere ausserkantonale Heime (für Berner in Heimen ausserhalb des Kantons Bern).

Gemeinden

Die Gemeinden finanzieren Heime, welche eine örtliche und/oder überörtliche Aufgabe erfüllen. Es handelt sich hier vorwiegend um Alters- und Leichtpflegeheime gemäss der Altersheimplanung.

Die Gemeinden haben Beiträge von 56,8 Mio. Franken geleistet. Die Erhöhung gegenüber 1987 betrug 3,4 Mio. Franken oder 6 Prozent.

Neu eröffnete Heime und Anpassungen im Personalbereich haben diese Erhöhung verursacht.

Staat

Hier leistete der Staat Beiträge von 83,4 Mio. Franken. Gegenüber 1987 bedeutet dies eine Erhöhung um 6,4 Mio. Franken oder 8 Prozent.

Infolge Übergang zum Kassaprinzip per 1. Januar 1987 wurde im Jahre 1987 kein volles Jahresbetreffnis ausgewiesen. Pro 1988 hat sich nun ein «Normalergebnis» eingestellt.

Personalkosten

(Verordnung vom 29. 7. 1966 über die Förderung der Ausbildung von Sozialarbeitern und Verordnung vom 27. 3. 1974 über die Zulassung von Besoldungskosten für Sozialarbeiter zur Lastenverteilung)

Gemeinden

Die Ausgaben für Besoldungen und Weiterbildung der Sozialarbeiter der Gemeinden betragen 15,1 Mio. Franken. Hier erfolgte eine Zunahme um 0,6 Mio. Franken oder 5 Prozent. Dies ist auf einen Ausbau der Sozialdienste zurückzuführen.

Staat

Die Ausgaben des Staates für Besoldungen und Weiterbildung der Sozialarbeiter der Polizei- und Justizdirektion sowie die Beiträge an die Berufsbildung im Fürsorgewesen betragen 5,3 Mio. Franken. Hier sind 0,6 Mio. Franken bzw. 12 Prozent mehr Aufwendungen angefallen.

Erhöhte Betriebsbeiträge an Schulen infolge Übernahme neuer Aufgaben haben zu dieser Steigerung geführt.

Total Fürsorgeaufwendungen

Insgesamt erbrachten Staat und Gemeinden 297,4 Mio. Franken Fürsorgeaufwendungen. Gegenüber 1987 betragen die Mehrausgaben 15,4 Mio. Franken oder 5 Prozent.

Der Vergleich mit dem Vorjahr gibt jedoch nicht das ganze Bild wieder. 1987 wurde das Ergebnis infolge des Übergangs zum sogenannten Kassaprinzip um 4 Mio. Franken nach unten korrigiert. Das Kassaprinzip berücksichtigt nur die tatsächlichen Aufwendungen im Rechnungsjahr, nicht aber die periodenübergreifenden Auswirkungen. Bei Ausklammerung dieser Darstellungsänderung der Staatsrechnung beträgt die Steigerungsrate noch 4 Prozent und dies trotz neuen Aufgaben im SPITEX-Bereich.

Ce groupe englobe les subventions à la construction, à l'aménagement et à l'exploitation de quelque 300 établissements bernois à but social et de plusieurs foyers extra-cantonaux (pour Bernois en foyers hors du canton).

Communes

Elles assurent le financement des foyers qui accomplissent une tâche locale et/ou supra-locale. Il s'agit surtout de foyers pour personnes âgées et de foyers dispensant des soins légers conformément à la planification des foyers pour personnes âgées.

Les contributions des communes ont atteint un montant de 56,8 millions de francs, ce qui représente une hausse de 3,4 millions de francs, ou de 6 pour cent, par rapport à 1987.

Ce montant résulte de l'ouverture de foyers et d'adaptations intervenues dans le domaine du personnel.

Etat

L'Etat a versé dans ce secteur un montant de 83,4 millions de francs, ce qui représente une augmentation de 6,4 millions de francs ou de 8 pour cent par rapport à 1987.

En raison du passage au principe de caisse le 1^{er} janvier 1987, le résultat en 1987 n'a pas porté sur toute l'année. Celui-ci est toutefois redevenu «normal» en 1988.

Frais de personnel

(Ordonnance du 29 juillet 1966 concernant l'encouragement à la formation de travailleurs sociaux et ordonnance du 27 mars 1974 concernant l'admission des frais de traitement des travailleurs sociaux à la répartition des charges)

Communes

Les communes ont dépensé 15,1 millions de francs pour les traitements et la formation complémentaire des assistants sociaux, ce qui équivaut à une augmentation de 0,6 million de francs, ou de 5 pour cent. Cette augmentation est imputable au développement des services sociaux.

Etat

Les dépenses de l'Etat pour les traitements et la formation complémentaire des assistants sociaux des Directions de la police et de la justice ainsi que pour les subventions à la formation professionnelle en matière d'œuvres sociales ont atteint 5,3 millions de francs, ce qui constitue une hausse de 0,6 million de francs, ou de 12 pour cent.

Cette hausse découle de l'accroissement des subventions d'exploitation versées aux écoles, suite à l'attribution de nouvelles tâches.

Total des dépenses d'assistance

Les dépenses d'assistance de l'Etat et des communes se sont élevées à 297,4 millions de francs. L'excédent se monte à 15,4 millions de francs ou 5 pour cent par rapport à 1987.

Mais la comparaison avec l'année précédente ne donne qu'une image incomplète de la situation. Car en 1987, le résultat a été corrigé à la baisse de 4 millions de francs par suite du passage au principe de caisse. Ce principe ne tient compte que des dépenses effectives enregistrées durant l'exercice, et non des répercussions financières au-delà de cette période. Abstraction faite de cette modification de la présentation du Compte d'Etat, le taux de croissance se monte encore à 4 pour cent, et ce malgré l'attribution de tâches nouvelles dans le domaine des SPITEX.

2.4.3 *Revisionsergebnisse*

Die Korrekturen der Gemeinderechnungen pro 1987 betragen 7,1 Mio. Franken oder 3,7 Prozent der Fürsorgeaufwendungen der Gemeinden.

Gegen die Lastenverteilungsabrechnung vom 30. April haben acht Gemeinden Einsprache erhoben. Davon konnten vier erledigt werden. Vier Einsprachen sind zurzeit noch in Bearbeitung.

Die Buchprüfungen und Subventionsabrechnungen der Rechnungsjahre 1987 und 1988 der 145 vom Staat direkt finanzierten Fürsorgeinstitutionen führten zu Bereinigungen von insgesamt 278 000 Franken. Insgesamt wurden im Berichtsjahr 25 externe Revisionen durchgeführt (2 für das Jahr 1987 und 23 für das Jahr 1988). Aus personellen Gründen ist es nicht möglich, in allen direkt finanzierten Institutionen jährlich externe Buchprüfungen vorzunehmen, sondern nur alle fünf bis sechs Jahre. Aufgrund der eingereichten Abschlussunterlagen werden jedoch zusätzlich noch Institutionen mit Budgetüberschreitungen sowie Einrichtungen, in denen personelle und strukturelle Probleme aufgetreten sind, überprüft. Ausserdem wurden verschiedene externe Revisionen und Budgetberatungen von indirekt über die Gemeinden subventionierten Fürsorgeinstitutionen vorgenommen.

2.4.4 *Neue Institutionen im Fürsorgewesen im Berichtsjahr*

Im Berichtsjahr wurden 20 neue Institutionen als betriebsbeitragsberechtigt anerkannt (Direktsubvention durch den Staat).

Einige Beispiele: Stiftung Brüttelenbad, Brüttelen, Behindertentransportdienste Emmental/Oberaargau und Berner Oberland, Therapeutische Wohngruppen in Biel, Aussenwohngruppe Stiftung Tannacker in Kirchdorf.

3. **Parlamentarische Vorlagen**

Dekret vom 20. Februar 1962 über die Bekämpfung des Alkoholismus – Änderung vom 21. November (vgl. auch Ziff. 2.1.6 hiervor)

4. **Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)**4.1 **Abschreibungen von Motionen und Postulaten**4.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Motion Schürch vom 22. Februar 1989 betreffend Steuerabzüge für spitalexterne Betreuung (Punkt b) als Postulat überwiesen)

Im Rahmen der vom Grossen Rat beschlossenen Steuergesetzrevision wurde vom Regierungsrat vorgeschlagen, den im geltenden Recht vorgesehenen möglichen Steuerabzugsbetrag von 2500 Franken für die Leistungen an Nachkommen, den Ehegatten und die Eltern, die dauernd pflegebedürftig sind, auf 4000 Franken zu erhöhen (neu Art. 39, Ziff. 4 Steuergesetz). Mit der Verabschiedung der Steuergesetzrevision ist dem Anliegen des Motionärs Rechnung getragen worden, womit Ziffer b) der Motion als erfüllt abgeschrieben werden kann.

4.1.2 *Ausserordentliche Abschreibungen*

Keine.

2.4.3 *Résultats des révisions*

Les rectifications issues de l'examen des comptes des œuvres sociales communales pour 1987 ont représenté 7,1 millions de francs, soit 3,7 pour cent des dépenses d'assistance des communes.

Huit communes ont fait opposition contre le décompte de la répartition des charges du 30 avril: quatre ont pu être réglées, les quatre autres étant encore à l'examen.

Les examens des livres et décomptes de 1987 et 1988 des 145 institutions à but social bénéficiant de subventions cantonales ont abouti à des apurements pour un montant total de 278 000 francs. Durant l'exercice, on a procédé à 25 révisions externes (2 pour 1987 et 23 pour 1988). Faute de personnel, il n'est pas possible d'effectuer chaque année des révisions externes dans les institutions subventionnées; elles ne peuvent, en effet, être réalisées que tous les cinq à six ans. On examine également, sur la base des boucllements reçus, des institutions présentant des dépassements de budget ainsi que des établissements connaissant des problèmes de structure ou de personnel. Enfin, on a aussi procédé à différentes révisions externes et consultations budgétaires d'institutions à but social indirectement subventionnées par les communes.

2.4.4 *Nouvelles institutions à but social*

Au cours de l'exercice, 20 nouvelles institutions se sont vu reconnaître le droit d'être subventionnées (subventions directes de l'Etat).

Entre autres institutions, citons: la Fondation «Brüttelenbad» à Brüttelen, les services de transport pour handicapés de l'Emmental/Haute-Argovie et de l'Oberland bernois, les groupes d'habitation thérapeutiques de Bienne, le groupe d'habitation externe de la Fondation «Tannacker» à Kirchdorf.

3. **Textes législatifs soumis au Parlement**

Décret du 20 février 1962 concernant la lutte contre l'alcoolisme – Modification du 21 novembre (voir également ch. 2.1.6 ci-avant)

4. **Interventions parlementaires (motions et postulats)**4.1 **Classement de motions et de postulats**4.1.1 *Classement de motions et de postulats réalisés*

Motion Schürch du 22 février 1989 concernant les déductions d'impôt pour les personnes donnant des soins extra-hospitaliers (point b) adopté comme postulat).

Dans le cadre de la révision de la loi sur les impôts arrêtee par le Grand Conseil, le Conseil-exécutif a proposé de faire passer le montant des déductions fiscales pour les prestations allouées au conjoint, aux pères et mères et à des descendants exigeant des soins de façon durable de 2500 francs, prévus par le droit en vigueur, à 4000 francs (nouveau: art. 39, ch. 4 de la loi sur les impôts). Le motionnaire a été satisfait suite à l'adoption de la révision de la loi sur les impôts; le chiffre b) de la motion a donc pu être classé comme étant réalisé.

4.1.2 *Classement extraordinaire*

Aucun.

4.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

4.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Postulat Suter vom 19. November 1987 betreffend Förderung der spitalexternen Dauerpflege.

Im Rahmen des sich zurzeit in Ausarbeitung befindenden SPITEX-Leitbildes wird die Erfüllung der in Ziffer 1 und 2 des Postulates angeführten Begehren vorangetrieben (Ziff. 3 ist anlässlich der Überweisung im Mai 1988 als erfüllt vom Grossen Rat beschrieben worden). Im vorliegenden ersten Leitbild-Entwurf ist die Ausrichtung aller Dienstleistungsanbieter auf Langzeitbetreuung festgehalten, wie auch die generelle Stärkung der ambulanten und halbstationären Versorgungsformen, so dass langfristig auch die Dauerpflege zu Hause gleichberechtigt realisierbar sein sollte. Ebenso ist die gezielte Förderung von Entlastungsmöglichkeiten für betreuende und pflegende Angehörige Bestandteil des Leitbild-Entwurfes.

Motion Herzig vom 31. August 1988 betreffend Unterstützung alleinerziehender Mütter, Väter und minderbemittelter Eltern (als Postulat überwiesen).

Auf Antrag der Justizdirektion beschloss der Regierungsrat am 26. Oktober 1988 eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe, bestehend aus Mitgliedern der Justizdirektion, der Fürsorgedirektion und der Volkswirtschaftsdirektion, einzusetzen (RRB 4572/88).

Die Anträge der Arbeitsgruppe in ihrem Schlussbericht vom 20. Oktober lauteten folgendermassen: Die Teilrevision des Gesetzes vom 6. Februar 1980 über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder im Sinne der Motion Schärer sei abzulehnen. Vielmehr sind Bestrebungen, die alleinerziehenden Elternteilen für die Erziehung von Kindern einen fürsorgerechtlichen Rechtsanspruch auf materielle Unterstützung unter standardisierten Bedingungen verschaffen, zu unterstützen. Insbesondere wurde beantragt, das Dekret vom 16. Februar 1971 über Zuschüsse für minderbemittelte Personen und/oder das Fürsorgegesetz in diesem Sinne zusätzlich auszugestalten.

Postulat Herzig vom 14. September 1988 betreffend Schaffung eines Flüchtlingssekretariates im Landesteil Oberaargau-Emmental.

Die Direktion hat mit den Gemeindebehörden von Burgdorf und Langenthal Kontakt aufgenommen, wobei noch keine konkreten Ergebnisse vorliegen. Das geplante Flüchtlingssekretariat wird vor allem auch abhängig gemacht von der Bereitstellung eines Durchgangszentrums in Langenthal oder Burgdorf. Die Bemühungen zur Schaffung eines Flüchtlingssekretariates im Landesteil Oberaargau-Emmental sind im kommenden Jahr zu verstärken.

Motion Suter vom 24. November 1988 betreffend Foyer für Alkoholranke.

Hierzu liegen noch keine konkreten Ergebnisse vor. Es ist jedoch eine Eingabe einer Trägerschaft zur Schaffung eines Foyers für Alkoholranke im kommenden Berichtsjahr zu erwarten.

Motion Schürch vom 12. Februar 1989 betreffend Steuerabzüge für spitalexterne Betreuung.

Die Direktion erarbeitet zurzeit ein Vorgehenskonzept hinsichtlich der Verhandlungen mit den Krankenkassen mit dem Ziel, dass diese – wie vom Motionär in Ziffer a) der Motion gefordert – grössere Leistungen im spitalexternen Bereich übernehmen.

Motion Beutler vom 17. April 1989 betreffend Asyl- und Flüchtlingspolitik (Ziff. 3 zurückgezogen).

In seiner Stellungnahme von Ende August hat sich der Regierungsrat zum Bericht der interdepartementalen Strategiegruppe für eine Flüchtlings- und Asylpolitik der 90er Jahre

4.2 **Réalisation de motions et de postulats adoptés**

4.2.1 *Motions et postulats pour lesquels le délai de deux ans n'est pas écoulé*

Postulat Suter du 19 novembre 1987 concernant la promotion des soins extra-hospitaliers.

Les efforts déployés dans le cadre des principes directeurs SPITEX, actuellement en cours d'élaboration, pour répondre aux demandes formulées aux chiffres 1 et 2 du postulat se poursuivent (lors de son adoption, en mai 1988, le Grand Conseil a classé, comme étant réalisée, la proposition mentionnée sous ch. 3). Dans sa version actuelle, le premier projet de ces principes directeurs fixe l'orientation de tous les fournisseurs de prestations vers la prise en charge de longue durée, ainsi que le renforcement général des formes d'assistance ambulatoires et semi-ambulatoires. Voilà qui permettrait à long terme d'accorder au maintien à domicile la place qui lui revient. Autre volet de ces principes directeurs: la promotion ciblée des possibilités de dépannage de l'entourage qui soigne et prend en charge le patient.

Motion Herzig du 31 août 1988 concernant le soutien aux mères et aux pères seuls ayant la charge d'enfants et aux parents de condition modeste (adoptée comme postulat).

Le 26 octobre 1988, le Conseil-exécutif a arrêté, à la demande de la Direction de la justice, la création d'un groupe de travail interne à l'Administration et composé de membres des Directions de la justice, des œuvres sociales et de l'économie publique (ACE 4572/88).

Dans son rapport final du 20 octobre, le groupe de travail a formulé les demandes suivantes: il y a lieu de rejeter la révision partielle de la loi du 6 février 1980 sur l'aide au recouvrement et les avances de contributions d'entretien pour enfants au sens où l'entend la motion Schärer. Ce qu'il faut bien plus, c'est encourager les efforts visant à conférer aux mères et aux pères qui élèvent seuls leurs enfants le droit à une aide matérielle sous des conditions uniformisées. Et il convient, en particulier, de revoir en conséquence le décret du 16 février 1971 concernant les allocations spéciales en faveur des personnes de condition modeste et/ou la loi sur les œuvres sociales.

Postulat Herzig du 14 septembre 1988 concernant la création d'un secrétariat pour les réfugiés pour la Haute-Argovie et l'Emmental.

La Direction a pris contact avec les autorités communales de Berthoud et de Langenthal; ces discussions n'ont toutefois pas encore abouti à des résultats concrets. La création prévue d'un secrétariat pour les réfugiés dépend en effet de l'offre d'un centre de transit à Langenthal ou à Berthoud. Il faut redoubler les efforts de création d'un secrétariat pour les réfugiés pour la Haute-Argovie et l'Emmental.

Motion Suter du 24 novembre 1988 concernant le foyer pour alcooliques.

Aucun résultat concret n'a encore été obtenu en la matière. La création d'un foyer pour alcooliques par un organe responsable est toutefois attendue pour l'année qui suit.

Motion Schürch du 12 février 1989 concernant les déductions d'impôt pour les personnes donnant des soins extra-hospitaliers.

La Direction est en train d'élaborer une marche à suivre en vue des négociations avec les caisses-maladie, afin que celles-ci assument – comme le demande le motionnaire sous chiffre a) – dans une plus large mesure que jusqu'ici le coût des prestations fournies en milieu extra-hospitalier.

Motion Beutler du 17 avril 1989 concernant la politique de l'asile et des réfugiés (le ch. 3 a été retiré).

Dans l'avis qu'il a rendu fin août, le Conseil-exécutif s'est exprimé sur le rapport du groupe interdépartemental de réflexion sur la stratégie pour la politique des années 90 en

geäussert. Die vom Motionär geforderten Massnahmen wurden in der Stellungnahme des Regierungsrates berücksichtigt. Die Direktion wartet nun ab, wie der Bund die Strategie umzusetzen gedenkt.

Postulat Beutler vom 17. April 1989 betreffend Probleme mit der Betreuung von Asylsuchenden.

Hinsichtlich der Erfüllung von Ziffer 4 des Postulates wird auf den Verwaltungsbericht der Polizeidirektion verwiesen, da derartige Massnahmen nicht im Kompetenzbereich der Direktion liegen.

Hinsichtlich Ziffer 3 des Postulates muss darauf verwiesen werden, dass aufgrund des anhaltend starken Zustroms neuer Flüchtlinge die Zahl von in Hotels untergebrachten und somit ungenügend betreuten Asylbewerbern noch nicht reduziert werden konnte. Soweit möglich wurden neuankommende Asylbewerber prioritär in Gruppenunterkünften untergebracht, die von der Heilsarmee betreut werden. Die in Ziffer 5 angesprochenen Betreuungsprobleme in Gemeinden mit grösseren Kontingenten werden geprüft. Es ist geplant, kirchliche Kontaktstellen finanziell zu unterstützen, die den Gemeinden beratend zur Seite stehen sollen.

Motion Gugger vom 18. Mai 1989 betreffend Sicherstellung der Qualität bei der Pflege von Betagten und Behinderten.

Diesem Problem wird bei der laufenden Revision des Fürsorgengesetzes Beachtung geschenkt.

Motion Meier vom 25. Mai 1989 betreffend Ausbau spital-externe Kranken- und Gesundheitspflege (SPITEX) (überwiesen als Postulat)

Im Rahmen des sich zurzeit in Ausarbeitung befindenden SPITEX-Leitbildes wird die Erfüllung der in Ziffer 1 bis 3 angeführten Begehren geprüft. Im vorliegenden ersten Leitbildentwurf werden Möglichkeiten zur Förderung eines gleichberechtigten Verhältnisses zwischen der stationären, halbstationären und ambulanten Versorgung dargelegt, was eine angemessene Umverteilung der finanziellen Ressourcen zugunsten einer Stärkung der SPITEX beinhaltet. Für weitere Verhandlungen mit den Krankenkassen ist verwaltungsintern eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden, welche weitere Verbesserungsmöglichkeiten für SPITEX-Benutzer/innen prüft. Die Fragen in Ziffer 4 des Begehrens wurden anlässlich der Behandlung der Motion beantwortet.

matière d'asile et de réfugiés. Il a tenu compte, dans cet avis, des mesures demandées par le motionnaire. La Direction attend à présent de voir comment la Confédération entend traduire cette stratégie dans les faits.

Postulat Beutler du 17 avril 1989 concernant les problèmes de prise en charge des demandeurs d'asile.

Pour ce qui est de la réponse au chiffre 4 du postulat, on se référera au rapport de gestion de la Direction de la police, les mesures de ce type n'étant pas de la compétence de la Direction.

En ce qui concerne le chiffre 3 du postulat, il faut relever qu'en raison de l'afflux continu de nouveaux réfugiés le nombre de requérants d'asile logés dans des hôtels et par là même insuffisamment pris en charge n'a pas pu être réduit. Dans la mesure du possible, les demandeurs d'asile nouvellement arrivés ont été placés en priorité dans des logements collectifs, qui sont dirigés par l'Armée du Salut. Le règlement du problème de la prise en charge par l'attribution aux communes de contingents plus importants, évoqué sous le chiffre 5, fait l'objet d'un examen. Il est prévu de soutenir financièrement des antennes ecclésiastiques, qui auront pour tâche de conseiller les communes.

Motion Gugger du 18 mai 1989, «Garantir la qualité des soins donnés aux personnes âgées et aux handicapés».

Ce problème est pris en considération dans la révision en cours de la loi sur les œuvres sociales.

Motion Meier du 25 mai 1989 concernant le développement des soins infirmiers et sanitaires extra-hospitaliers (SPITEX) (adoptée comme postulat).

Les propositions formulées aux chiffres 1 à 3 de la motion sont étudiées dans le cadre des principes directeurs SPITEX, qui sont actuellement en élaboration. Dans sa version actuelle, le premier projet de ces principes directeurs décrit les possibilités de promotion d'un rapport d'égalité entre les assistances hospitalière, semi-ambulatoire et ambulatoire, ce qui implique une redistribution adéquate des ressources financières en faveur du renforcement des SPITEX. Pour ce qui est de la poursuite des négociations avec les caisses-maladie, un groupe de travail interne à l'Administration a été mis sur pied, qui examine les possibilités d'amélioration des SPITEX au profit de leurs utilisateurs. En ce qui concerne les questions du chiffre 4, enfin, les réponses ont été apportées lors de l'examen de la motion.

4.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Motion Zürcher (Gwatt) vom 10. Februar 1986 betreffend Finanzierung von kommunalen Aufwendungen für Asylanten. Die Arbeiten an einem kantonalen Asylgesetz, das diese Frage im Sinne des Motionärs regeln wird, sind weitgehend abgeschlossen (vgl. Ziff. 2.1.6 Rechtsabteilung).

Bern, März 1990

Der Fürsorgedirektor: *Meyer*

Vom Regierungsrat genehmigt am 2. Mai 1990

Anhang: Aufstellung der Kosten im Asylwesen pro 1989

4.2.2 *Motions et postulats dont le délai à été prolongé*

Motion Zürcher (Gwatt) du 10 février 1986 concernant le financement des dépenses communales en faveur des demandeurs d'asile.

Les travaux d'élaboration d'une loi cantonale sur l'asile qui réglerait cette question sont, en grande partie, terminés (cf. ch. 2.1.6 Service juridique).

Berne, mars 1990

Le directeur des œuvres sociales: *Meyer*

Approuvé par le Conseil-exécutif le 2 mai 1990

Annexe: Tableau des coûts de l'asile en 1989

Zusammenstellung der Kosten im Asylbereich pro 19891. *Bereich Erstaufnahme Stadt Bern*

		Kapazität	Kosten 1989 Fr.
- Erstaufnahmezentrum Freiburgstrasse	seit 1. 5. 1987	40	
- Erstaufnahmezentrum Weissensteinstrasse	seit 15. 7. 1983	40	

Die Stadt Bern rechnet direkt mit dem Bund ab. Aus diesem Grund entstehen für den Staat keine Aufwendungen.

2. *Bereich Erstaufnahme Kanton*2.1 *Gruppenunterkünfte der Heilsarmee*

		Kapazität	Kosten 1989 Fr.
- Unterkunft Heilsarmee Aarwangen	seit 10. 10. 1988	50	408 152.20
- Unterkunft Heilsarmee Gümligen (Zivilschutzanlage)	seit Oktober 1988	34	515 607.20
- Unterkunft Heilsarmee Ittigen	seit Oktober 1988	20	391 608.80
- Unterkunft Heilsarmee Ostermundigen (Zivilschutzanlage)	seit November 1988	30	471 016.40
- Unterkunft Heilsarmee Zollikofen	seit September 1988	17	270 250.80
- Unterkunft Heilsarmee Belp	seit 15. 3. 1989	20	195 975.20
- Unterkunft Heilsarmee Kehrsatz	seit 15. 5. 1989	20	129 895.45
- Unterkunft Heilsarmee Bolligen	seit 15. 5. 1989	20	128 154.75
			2 510 660.80

Es kann mit der vollumfänglichen Rückerstattung durch den Bund gerechnet werden, wobei die Abrechnung betreffend das 4. Quartal noch ausstehend ist.

2.2 *Kurzfristige Provisorien*

		Kapazität	Kosten 1989 Fr.
- Unterkunft Heilsarmee; PUK (eingestellt) Rückerstattung durch Bund bereits zugesichert	Dauer: 1 Monat	20	11 299.65
- Unterkunft Heilsarmee; Rückerstattung durch Bund noch hängig	Dauer: 2 Monate	20	11 945.15
			23 244.80
- Unterkunft Heilsarmee Melchnau, konnte noch nicht abgerechnet werden	seit November 1989	35	

Die Kosten der drei Provisorien von 23 244.80 Franken (ohne Melchnau) werden im Jahr 1990 abgerechnet.

Tableau des coûts de l'asile en 19891. *1^{re} phase: premier accueil, par la Ville de Berne*

		Capacité	Coûts 1989 Fr.
- Centre de premier accueil Freiburgstrasse	dep. le 1. 5. 1987	40	
- Centre de premier accueil Weissensteinstrasse	dep. le 15. 7. 1983	40	

La Ville de Berne règle directement les comptes avec la Confédération. Il n'en résulte donc aucune dépense à la charge de l'Etat.

2. *1^{re} phase: premier accueil, par le canton*2.1 *Logements collectifs de l'Armée du Salut*

		Capacité	Coûts 1989 Fr.
- Centre de l'Armée du Salut Aarwangen	dep. le 10. 10. 1988	50	408 152.20
- Centre de l'Armée du Salut Gümligen (abri de la protection civile)	dep. octobre 1988	34	515 607.20
- Centre de l'Armée du Salut Ittigen	dep. octobre 1988	20	391 608.80
- Centre de l'Armée du Salut Ostermundigen (abri de la protection civile)	dep. novembre 1988	30	471 016.40
- Centre de l'Armée du Salut Zollikofen	dep. septembre 1988	17	270 250.80
- Centre de l'Armée du Salut Belp	dep. le 15. 3. 1989	20	195 975.20
- Centre de l'Armée du Salut Kehrsatz	dep. le 15. 5. 1989	20	129 895.45
- Centre de l'Armée du Salut Bolligen	dep. le 15. 5. 1989	20	128 154.75
			2 510 660.80

On peut compter sur le remboursement total par la Confédération; il reste cependant à régler les comptes du 4^e trimestre.

2.2 *Logements de fortune*

		Capacité	Coûts 1989 Fr.
- Centre de l'Armée du Salut; CPU (fermé) Remboursement garanti par la Confédération	Durée: 1 mois	20	11 299.65
- Centre de l'Armée du Salut; Remboursement par la Confédération en- core en suspens	Durée: 2 mois	20	11 945.15
			23 244.80
- Centre de l'Armée du Salut Melchnau, le règlement des comptes n'a pas encore été effectué	dep. novembre 1989	35	

Les coûts des trois logements de fortune, d'un montant de 23 244 francs 80 (sans Melchnau), seront décomptés en 1990.

2.3 *Hotelunterkünfte; Stand Ende Dezember 1989*

	Kapazität	Kosten 1989 Fr.
Diverse Hotels		
– in Bern	86	
– in Frutigen	9	
– in Gwatt	2	
– in Herzogenbuchsee	6	
– in Interlaken	95	
– in Iseltwald	2	
– in Langenthal	17	
– in Schüpfen	12	
– in Twannberg	50	
– in Utzigen	45	
	324	4 873 481.50

Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund.

3. *Bereich zweite Stufe; Durchgangszentren*3.1 *Durchgangszentren der Stadt Bern*

	Kapazität	Kosten 1989 Fr.
– Durchgangszentrum Bolligenstrasse		
Einstellung: Juni 1989	47	
– Durchgangszentrum Münsingen		
(inkl. Aussenstation Worb) seit 25. 5. 1988	57	
– Durchgangszentrum Studen seit 2. 5. 1984	40	
– Durchgangszentrum Langnau seit 1. 11. 1984	55	
– Durchgangszentrum Bremgarten seit 11. 2. 1986	36	
– Durchgangszentrum Roggwil seit 25. 7. 1983	100	
– Durchgangszentrum Halenbrücke seit 18. 3. 1983	40	

Die Stadt Bern rechnet direkt mit dem Bund ab, so dass für den Kanton keine Aufwendungen entstehen.

3.2 *Durchgangszentren der Stadt Thun*

	Kapazität	Kosten 1989 Fr.
– Durchgangszentrum Seestrasse	seit Dezember 1985	60
– Aussenstationen	laufend	60

Die Stadt Thun bevorschusst die erforderlichen finanziellen Mittel. Der Kanton ist lediglich Durchlaufstelle. Der Bund hat die Kosten des zweiten bis vierten Quartals 1988 erst im Jahre 1989 rückerstattet, so dass 1989 (2. Quartal 1988 bis 3. Quartal 1989) der Betrag von 1532 791.30 Franken rückerstattet wurde.

3.3 *Durchgangszentren der Stadt Biel*

	Kapazität	Kosten 1989 Fr.
– Durchgangszentrum Schlüssel	seit September 1989	80
– Aussenplätze	laufend	80
		736 278.35

Die Stadt Biel bevorschusst die Aufwendungen. Der Staat ist lediglich Durchlaufposten. Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund.

2.3 *Hôtels; état: fin décembre 1989*

	Capacité	Coûts 1989 Fr.
Divers hôtels		
– à Berne	86	
– à Frutigen	9	
– à Gwatt	2	
– à Herzogenbuchsee	6	
– à Interlaken	95	
– à Iseltwald	2	
– à Langenthal	17	
– à Schüpfen	12	
– à Twannberg	50	
– à Utzigen	45	
	324	4 873 481.50

Remboursement total par la Confédération.

3. *2^e phase: centres de transit*3.1 *Centres de transit de la Ville de Berne*

	Capacité	Coûts 1989 Fr.
– Centre de transit Bolligenstrasse		
Fermeture: juin 1989	47	
– Centre de transit Münsingen (unité extérieure de Worb comprise)	dep. le 25. 5. 1988	57
– Centre de transit Studen	dep. le 2. 5. 1984	40
– Centre de transit Langnau	dep. le 1. 11. 1984	55
– Centre de transit Bremgarten	dep. le 11. 2. 1986	36
– Centre de transit Roggwil	dep. le 25. 7. 1983	100
– Centre de transit Halenbrücke	dep. le 18. 3. 1983	40

La Ville de Berne règle directement les comptes avec la Confédération. Il n'en résulte donc aucune dépense à la charge du canton.

3.2 *Centre de transit de la Ville de Thoune*

	Capacité	Coûts 1989 Fr.
– Centre de transit Seestrasse	dep. décembre 1985	60
– Unités extérieures	en permanence	60

La Ville de Thoune avance les moyens financiers nécessaires. Le canton ne joue qu'un rôle d'intermédiaire. La Confédération n'a remboursé les frais du 2^e à 4^e trimestres 1988 qu'en 1989, si bien que le montant de 1532 791 francs 30 a été remboursé en 1989 (du 2^e trimestre 1988 au 3^e trimestre 1989).

3.3 *Centres de transit de la Ville de Bienne*

	Capacité	Coûts 1989 Fr.
– Centre de transit Schlüssel	dep. septembre 1989	80
– Places à l'extérieur	en permanence	80
		736 278.35

La Ville de Bienne fait une avance sur les dépenses. Le canton ne joue qu'un rôle d'intermédiaire. Remboursement total par la Confédération.

564 Fürsorgewesen

3.4 Kantonale Durchgangszentren

		Kapazität	Kosten 1989 Fr.
- Zentrum für minderjährige tamilische Asylbewerber (Heilsarmee) Sumiswald	seit Mai 1989	40	480 889.45
- Foyer Sundlauenen	seit 1. April 1987	15	198 746.60
- Durchgangszentrum Helvetia, Unterseen (Stadt Thun)	seit April 1989	50	616 370.10
			1 296 006.15

Es kann mit der vollumfänglichen Rückerstattung durch den Bund gerechnet werden, wobei die Abrechnung betreffend das 4. Quartal noch ausstehend ist.

4. Bernische Gemeinden der 3. Stufe

	Kosten 1989 Fr.
4. Quartal 1988 bis 3. Quartal 1989	2 231 001.80

Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund

5. Internierte

	Kosten 1989 Fr.
	13 129.60

Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund

6. Ausreisekosten

	Kosten 1989 Fr.
	214.-

Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund

7. Inkassodienst

	Kosten 1989 Fr.
	23 174.55

Rückzahlungen von Asylbewerbern pro 1989 (wurden dem Bund weitergeleitet)

8. Verwaltungsaufwendungen

Gemäss neuer Weisung zum Asylgesetz erhalten die Kantone pro zugewiesenen Asylbewerber eine Verwaltungspauschale von 1000 Franken. Da dem Kanton Bern 1989 rund 3300 Asylbewerber neu zugewiesen wurden, wird die Verwaltungspauschale rund 3 300 000 Franken betragen. Für ihre Mitarbeit im Asylbereich wurden den Städten Bern, Biel und Thun folgende Beträge überwiesen.

Oeuvres sociales

3.4 Centres de transit cantonaux

		Capacité	Coûts 1989 Fr.
- Centre pour réfugiés tamouls mineurs (Armée du Salut) Sumiswald	dep. mai 1989	40	480 889.45
- Foyer Sundlauenen	dep. le 1. 4. 1987	15	198 746.60
- Centre de transit Helvetia, Unterseen (Ville de Thoune)	dep. avril 1989	50	616 370.10
			1 296 006.15

On peut compter sur le remboursement total par la Confédération; il reste cependant à régler les comptes du 4^e trimestre.

4. 3^e phase: répartition entre les communes du canton de Berne

	Coûts 1989 Fr.
Du 4 ^e trimestre 1988 au 3 ^e trimestre 1989	2 231 001.80

Remboursement total par la Confédération.

5. Internés

	Coûts 1989 Fr.
	13 129.60

Remboursement total par la Confédération.

6. Frais de retour

	Coûts 1989 Fr.
	214.-

Remboursement total par la Confédération.

7. Service de recouvrement

	Coûts 1989 Fr.
	23 174.55

Somme remboursée par les demandeurs d'asile en 1989 (transmise à la Confédération).

8. Frais administratifs

Conformément à la nouvelle directive relative à la loi sur l'asile, les cantons reçoivent, par requérant leur étant attribué, un montant forfaitaire de 1000 francs pour les frais administratifs. Etant donné que le canton de Berne s'est vu confier en 1989 quelques 3300 nouveaux demandeurs d'asile, le forfait pour les frais administratifs devrait s'élever à environ 3 300 000 francs.

Pour leur participation en matière d'asile, les Villes de Berne, Bienne et Thoune ont reçu les montants suivants:

Fürsorgewesen

	Kosten 1989 Fr.
– Bern (Flüchtlingssekretariat)	904 426.–
– Biel (Flüchtlingssekretariat)	75 450.–
– Thun (Flüchtlingssekretariat)	83 679.45
– Erstaufnahmezentrum Stadt Bern; voraussichtlich (konnte noch nicht abgeschlossen werden)	180 000.–
– Städtische Fremdenpolizei; voraussichtlich	283 175.90
	1 526 731.35
Einnahmen aus der Verwaltungspauschale rund ./.. voraussichtliche Ausgaben	3 300 000.– 1 526 731.35
	1 773 268.65

1773 268.65 Franken müssen zwischen der kantonalen Fremdenpolizei und der kantonalen Fürsorgedirektion aufgeteilt werden. Definitive Zahlen liegen noch nicht vor, da die Verwaltungspauschale pro 1989 noch nicht ausbezahlt wurde.

Die Inkraftsetzung der neuen Weisung 9 zum Asylgesetz hat sich für das Berichtsjahr sehr günstig ausgewirkt. Im Jahr 1990 müssen aber die Kantone, im Gegensatz zum Vorjahr, mittels der Verwaltungspauschale die Koordinationskosten der Hilfswerke übernehmen. Bis anhin wurden diese Kosten unabhängig von der Verwaltungspauschale rückerstattet. Es muss deshalb damit gerechnet werden, dass die für den Staat verbleibende Verwaltungspauschale 1990 beträchtlich niedriger sein wird.

9. Kirchliche Kontaktstellen

	Kosten 1989 Fr.
	69 784.–

10. Rückkehrberatungsstellen

	Kosten 1989 Fr.
	120 000.–

Vollumfängliche Rückerstattung durch den Bund zugesichert.

11. Zusammenfassung

	Kosten 1989 Fr.
Gruppenunterkünfte der Heilsarmee	2 510 660.80
Kurzfristige Provisorien	23 244.80
Hotelunterkünfte; Stand Ende Dezember 1989	4 873 481.50
Durchgangszentren der Stadt Thun	1 532 791.30
Durchgangszentren der Stadt Biel	736 278.35
Kantonale Durchgangszentren	1 296 006.15
Bernische Gemeinden der 3. Stufe	2 231 001.80
Internierte	13 129.60
Ausreisekosten	214.–
Verwaltungsaufwendungen	1 526 731.35
Kirchliche Kontaktstellen	69 784.–
Rückkehrberatungsstellen	120 000.–
Total (Rückerstattungen durch den Bund nicht berücksichtigt)	14 933 323.65

Œuvres sociales

565

	Coûts 1989 Fr.
– Berne (Secrétariat aux réfugiés)	904 426.–
– Bienne (Secrétariat aux réfugiés)	75 450.–
– Thoun (Secrétariat aux réfugiés)	83 678.45
– Centre de premier accueil de la Ville de Berne; selon toute prévision (n'a pas encore pu être établi définitivement)	180 000.–
– Police des étrangers de la Ville de Berne, selon toute prévision	283 175.90
	1 526 731.35
Recettes provenant des forfaits pour les frais administratifs, environ	3 300 000.–
./.. dépenses escomptées	1 526 731.35
	1 773 268.65

Les 1773 268 francs 65 sont à répartir entre la Police cantonale des étrangers et la Direction cantonale des œuvres sociales. On ne dispose pas encore de chiffres définitifs, étant donné que les forfaits pour les frais administratifs n'ont pas encore été versés pour l'année 1989.

L'entrée en vigueur de la nouvelle directive N° 9 relative à la loi sur l'asile a eu un effet des plus bénéfiques sur l'exercice. Or en 1990, les cantons devront, contrairement à l'année précédente, financer les frais de coordination des œuvres d'entraide au moyen du forfait pour les frais administratifs. Ces frais étaient jusqu'alors remboursés indépendamment du forfait pour les frais administratifs. Il faut donc s'attendre à ce que le forfait qui restera à l'Etat pour 1990 soit sensiblement moins élevé.

9. Antennes ecclésiastiques

	Coûts 1989 Fr.
	69 784.–

10. Services d'aide au retour

	Coûts 1989 Fr.
	120 000.–

Remboursement total par la Confédération.

11. Résumé

	Coûts 1989 Fr.
Logements collectifs de l'Armée du Salut	2 510 660.80
Logements de fortune	23 244.80
Hôtels; état: fin décembre 1989	4 873 481.50
Centre de transit de la Ville de Thoun	1 532 791.30
Centre de transit de la Ville de Bienne	736 278.35
Centres de transit cantonaux	1 296 006.15
Répartition entre les communes du canton de Berne	2 231 001.80
Internés	13 129.60
Frais de retour	214.–
Frais administratifs	1 526 731.35
Antennes ecclésiastiques	69 784.–
Services d'aide au retour	120 000.–
Total (les remboursements par la Confédération ne sont pas pris en compte)	14 933 323.65

